

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

### Zur Arbeiterfrage in Frankreich.

Durch die Ernennung des radikalen Abgeordneten von Paris, des Herrn Lody, zum Minister kommt auch die Arbeiterfrage in Frankreich von oben etwas in Fluss. Das Handelsministerium wird von nun an den Titel „Ministerium für Handel und Industrie“ führen und der genannte Abgeordnete wird nunmehr sozusagen Arbeitsminister sein.

Wenngleich wir die Ueberzeugung haben, daß alles Eingreifen in die Arbeiterfrage lediglich von oben herab einen besonderen Nutzen erzielt, freuen wir uns doch, daß die Frage selbst in den Regierungskreisen der Kulturstaaen in Angriff genommen wird. Schon deshalb, weil dadurch die Frage immer mehr in Fluss gerät und das arbeitende Volk selbst, worauf es hauptsächlich ankommt, angeregt wird.

Doch in Frankreich liegt die Angelegenheit noch anders. Die Regierung ist vom Volke viel mehr abhängig, als in den übrigen energischer Großstaaten. Das Volk kann deshalb einen bei weitem größeren Druck ausüben auf die Regierung; findet sich nun in der Regierung selbst ein europäischer Minister, der ernsthaft im Interesse der Arbeiter an die Lösung der Arbeiterfrage herantritt, dann ist derselbe der Unterstützung der Arbeitermassen sicher.

Der jetzige Minister Lody hat die meisten Stimmen von allen Pariser Abgeordneten erhalten; er ist mit dem verstorbenen Viktor Hugo verwandt und hat das Vermögen desselben ererbt, er ist deshalb unabhängig; er steht den sozialistischen Anschauungen, ähnlich wie Clemenceau, nicht fern — wenn der Mann also will, so kann er etwas Gutes schaffen.

In Frankreich besteht z. B. noch immer ein Gesetz, welches 1791 entstanden ist, nach welchem sich nicht mehr als zehn Arbeiter an einer Assoziation beteiligen dürfen; dies war wohl das Gesetz nicht immer streng angewandt; noch kann eine reaktionäre Regierung es zu jeder Zeit wieder beleben; Lody hat dies Gesetz schon früher bekämpft, möge er sich bemühen, dasselbe aufzuheben und ein ausgebreitetes Assoziationswesen zu schaffen.

Die französische Staatsgewalt hat bis jetzt sich in Arbeiterfragen nur geltend gemacht, wenn die Noth die Arbeiter zum Aufruhr zwang — dann sandte sie Polizei und Militär hin zur Unterdrückung desselben. Als aber die Arbeiter von Rouen und Umgegend vor einigen Jahren zum Präsidenten der Republik kamen, um Hilfe gegen ihre Arbeitgeber zu erbitten, da wurde eine vollständig neue und resultatslose „parlamentarische Untersuchung“ angestellt.

Das Ministerium Freycinet will nun soziale Reformen anbahnen, und der Minister Lody ist mit den Vorarbeiten betraut worden.

Welche Gestalt diese Reformen annehmen sollen, davon weiß man allerdings noch nichts. Ob die etwas ausgefahrenen Geleise des sozial-reformatorischen Versicherungswesens, ähnlich wie in Deutschland, betreten wer-

den, oder ob man die gesunderen Bahnen der Arbeiterschutzgesetzgebung wandeln wird, das ist noch völlig unbekannt.

Dem Premierminister Freycinet spricht man nach, daß er den deutschen Reichskanzler sich gern zum Vorbild nehme. Thut er dies auch in Bezug auf sozial-reformatorische Bestrebungen, so wird er kaum Anerkennung bei den übrigen gesetzgebenden Gewalten finden und der Arbeitsminister thäte sehr wohl daran, dem Premier auf solchen Wegen nicht zu folgen.

Was dem deutschen Arbeiter nutzen kann, nutzt auch dem französischen. Die Ausnutzung der Arbeitskraft durch den Kapitalismus ist diesseits und jenseits der Vogesen dieselbe, deshalb müssen auch die Mittel zur Abhilfe dieselben sein.

Es ist so oft betont worden, daß ein Verbot der Kinderarbeit, Beschränkung der Frauenarbeit, Verkürzung der Arbeitszeit u. s. w. ohne Vereinbarung mit den übrigen Kulturstaaen schädliche Wirkungen für Deutschlands Industrie ausüben könnten. Hier wäre die Gelegenheit, mit dem Nachbarstaate Frankreich Vereinbarungen zu treffen in Bezug auf gesunde Sozial-Reform und wirkungsvolle Arbeiterschutzgesetzgebung.

Ein als arbeiterfreundlich gerühmter tüchtiger Minister in Frankreich, eine angeblich arbeiterfreundliche Reichsregierung in Deutschland — sie könnten zeigen, daß soziale Reformen kein leerer Wahn bleiben sollen.

Und wenn die beiden neben den Engländern intelligentesten und tüchtigsten Nationen der Erde, die deutsche und die französische, eine Vereinbarung in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung treffen würden, dann wären auch die übrigen Staaten gezwungen, diesen Vereinbarungen in ihrem eigenen Interesse beizutreten.

In Deutschland befindet sich die Frage der Sozialreform in Fluss, die französische Regierung zeigt den guten Willen, auch in Frankreich die Frage anzuregen, das arbeitende Volk in beiden Ländern ist sich darin einig, daß Abhilfe der großen Nothstände, unter denen die Arbeiter leiden, geschaffen werden müsse, nun mögen die beiderseitigen Regierungen zeigen, daß es ihnen mit ihrer vielgerühmten Arbeiterfreundlichkeit Ernst ist:

Hic Rhodus, hic salta!

### Politische Uebersicht.

Ueber den Sitzungen des Reichstages lagert eine Atmosphäre von kleinerer Langweiligkeit. Die Hauptarbeiten sind in die Kommissionen verwiesen; daher kommt es, daß die Tagesordnung für die Plenarsitzungen manchmal außerordentlich dürftig besetzt ist. Gestern, Donnerstag, standen die Anträge Ausfeld in Bezug auf Abänderung des Posttarifgesetzes und Zulassung des Rechtsweges in Poststreitsachen, sowie der Antrag Junggreen, betreffend deutsche und dänische Sprache vor

sagen, ich stehe außerhalb der menschlichen Gesellschaft. Wer an diesen Verhältnissen die Schuld trägt, ist gerade Ihnen nicht unbekannt, ich trage mein Schicksal, meine Schmach mit Ergebung. Niemand aber ist mir mein Loos erbärmlicher vorgekommen, als gerade heute Abend, wo ich zu allen anderen Unannehmlichkeiten noch Ihren Spott zu erdulden habe! Wagen Sie es noch einmal, mich mit Ihren Lebenswürdigkeiten zu behelligen, dann sollen Sie sehen, daß ich Ihnen, obgleich ich nur ein schwaches Weib bin, in jeder Beziehung gewachsen bin.“

Sie sank wie erschöpft auf ihren Stuhl zurück, ergriff ihr Glas und trank es in einem Zuge leer.

Er hatte diesem überaus erregten und leidenschaftlichen Erguß ruhig zugehört. Keine Muskel seines schlaffen, matten Gesichts hatte gezuht, nur mit brennender Begierde hastete sein graues Auge auf ihrem Gesicht.

„Nun, das Trinken scheint Du nicht verlernt zu haben,“ sagte er, indem er spöttisch auf ihr leeres Glas wies. „Kellner, bringen Sie noch Sherry für die Dame!“

„Weshalb soll ich das Trinken vergessen,“ nahm sie nach einer Pause das Gespräch auf, „wer hat es mir denn beigebracht? Wer hat mich zuerst in allen Weinrestaurants herumgeführt, als ich noch in meinem Dachstübchen an der Nähmaschine saß, wer hat es soweit gebracht, daß ich nicht nur in den Augen der guten Gesellschaft ehelos wurde, sondern daß ich auch wirklich ehelos handelte? Wer hat es durch die elendesten Rationationen dahin gebracht, daß mein Franz heute noch in Pilsenersee schmachtet, und ich ihm die gelobte Kreuze brach? Herr Winkler, es war kein schönes Werk von Ihnen, ein armes, alleinstehendes Mädchen in dieser Weise unglücklich gemacht zu haben. Vielleicht aber findet sich noch einmal Gelegenheit, Ihnen das Alles zurückzahlen, und dann sollen Sie sehen, daß auch ein Weib sein gebrochenes Lebensglück zu rächen versteht, selbst wenn dieses Weib gesunken ist.“

den Berichten, zur Berathung. Keiner der Redner vermochte die Aufmerksamkeit des sehr spärlich besetzten Hauses zu fesseln; auch die an den Haaren herbeigezerrten Wige des Herrn Alexander Meyer (valgo Bier-Meyer) „zogen“ nicht mehr und man sah es den Volksvertretern an, daß sie sich nach dem Schlusse der Sitzung sehnten. Heute, Freitag, wird wahrscheinlich die Polenfrage auf der Tagesordnung stehen, die in Verbindung mit der — von uns gestern besprochenen — russischen Revanche wohl mehr Leben in die parlamentarischen Verhandlungen bringen dürfte.

Im bairischen Abgeordnetenhaus wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen die von der Volkspartei eingebrachte Petition genehmigt, welche dahin geht, daß die bairische Regierung im Bundesrath für die Gewährung von Diäten an die Reichstagsmitglieder eintreten möge. Die Regierung erklärte, daß sie diese Frage bei Herantreten derselben an den Bundesrath sorgfältig erwägen werde. In den Bundesrath wird die Frage übrigens schon bald gelangen, da voraussichtlich der sozialdemokratische Diätenantrag im Reichstage innerhalb der nächsten Wochen zur Verhandlung und auch wohl zur Annahme gelangen wird.

In Betreff der Wiederbesetzung des posener Bischofsstuhls tauchen die verschiedenartigsten Gerüchte auf. Man will wissen, daß der neue Bischof seinen Sitz in Berlin aufschlagen werde und glaubt dies damit motiviren zu können, daß Fürst Bismarck sich schon früher für die Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur am hiesigen Hofe ausgesprochen habe, weil es der preussischen Regierung gelegener sei, direkt mit dem Papste zu verhandeln. Vielleicht soll diese Maßregel dazu dienen, das Centrum kalt zu stellen, was aber wohl schwerlich gelingen wird, wenn nicht zugleich die wesentlichsten Bestimmungen der Maßregel ausgehoben werden.

Der „Reichs- und Staatsanzeiger“ publizirt nunmehr im französischen Lert die auf die Karolinenfrage bezüglichen Schriftstücke und sendet dem Abdruck derselben folgende Worte voraus: „Nachdem die Veröffentlichung des Karolinen-Protokolles auf Veranlassung der spanischen Regierung stattgefunden hat, sind wir in den Stand gesetzt, dieselbe auch diesseits zu bewirken.“

Gegen Duldung irgend einer Art von Sklaverei in deutschen Schutzgebieten werden von Frankfurter Frauen Petitionen an den Reichstag in Umlauf gesetzt. Die Sklaverei und Hörigkeit müsse in jeder Form in den deutschen Schutzgebieten verboten werden. Andernfalls dürfte die Sklaverei, als entsetzliches Prinzip, kaum verschleiert, einen unheilvollen Rückschlag auf die witterländische Bevölkerung ausüben. Mit dieser Ansicht können wir uns nur vollständig einverstanden erklären.

Das bisherige Verfahren für die Festsetzung der korrekturellen Nachhaft der Korrigenden ist durch eine neuerdings erlassene Anweisung des Herrn Ministers des Innern bedeutend geändert worden. Danach soll in Zukunft gegen Deutsche, welche auf Grund gerichtlichen Erkenntnisses der Landespolizeibehörde überwiesen werden, in der Regel eine korrekturelle Nachhaft stattdessen. Ausnahmen sind nur gestattet, wenn individuelle Verhältnisse die Aufnahme in ein Arbeitshaus unthunlich erscheinen lassen, insbesondere wenn durch ärztliche Untersuchung festgestellt ist, daß körperliche oder

Sie starrte blüster vor sich hin. Der hastig genossene Wein hatte ihre Wangen geröthet, ihre Augen fingen an, unheimlich zu leuchten.

Kroßdem betrachtete sie der junge Mann mit immer gesteigertem Wohlgefallen.

„Du bist aufgeregt, Martha, und deswegen thust Du mir Unrecht,“ sagte er, indem er seiner Stimme einen melancholischen Klang zu geben suchte. „Ich habe es stets gut mit Dir gemeint, und wenn es mir meine Verhältnisse nicht gestatteten, Deine exorbitanten Wünsche zu erfüllen, so müßt Du mir deswegen keine ungerechtfertigten Vorwürfe machen. Ich habe Alles gethan, was in meinen Kräften stand, ich hatte Dir versprochen, Dich glücklich zu halten, Du hättest es nicht nöthig gehabt, zu sinken, wenn Du mein Anerbieten angenommen hättest!“

Das junge Mädchen lachte bitter. „Dein — Ihr Anerbieten,“ entgegnete sie, „mit Eurem lumpigen Gelde wolltet Ihr gut machen, was Ihr an mir verbrogen habt, ich habe Euer Geld nicht nöthig gehabt. Man hätte mich in der schwersten Stunde meines Lebens in die Charitee aufgenommen, und Ihr Kind, Herr Winkler, liegt auf dem Armenkirchhof. Dort mögen Sie es suchen, wenn Sie es finden, und dort können Sie auch Ihr Geld deponiren, wenn Sie wollen.“

Wieder lachte sie grell und hob ihr Glas empor. „Trinken Sie doch, Herr Winkler, Sie als der einzige Sohn des reichsten Fabrikbesizers der Reichshauptstadt, haben vor allen Anderen die Berechtigung, fröhlich zu sein. Lassen Sie sich wegen solcher Lappalien doch nicht die gute Laune verderben!“

Sie stieß mit ihm an und wieder leerte sie ihr Glas in einem Zuge.

„Es scheint, als ob es Dir ein besonderes Vergnügen macht, von Sachen zu sprechen, die Niemand mehr ändern kann,“ entgegnete er. „Ich dachte, es wäre mit Dir ein vernünftiges Wort zu sprechen!“

### Feuilleton.

### Dunkle Gestalten.

Erzählung aus dem sozialen Leben der Gegenwart von Karl Zelle.

Kroßdem setzte sich der junge Mann. Er legte seinen Cylinderhut neben sich auf den Stuhl, und jetzt sah man, daß diesem kaum fünfundschwanzigjährigen Mann das Haar fast gänzlich ausgegangen war.

„Du trinkst ein Glas Sherry mit mir?“ fragte sie.

„Sie wissen, daß ich hier nichts ausschlagen darf!“ entgegnete sie kalt.

„Gut denn, Kellner, Sherry!“

„Du bist mir böse, Martha,“ begann er dann, nachdem er Kellaer das Gewünschte gebracht hatte.

„Fragen Sie nicht so thöricht, Herr,“ erwiderte sie mit über Stimme, es giebt nur einen Menschen auf der Welt, den ich hasse und verabscheue, und das sind Sie!“

„Wie reizend Du aussehest, wenn Du zornig bist,“ sagte er, indem er sich in seinen Stuhl zurücklehnte und den Rauch seiner Zigarette gegen die Decke blies. Er sah sie bei mit einem Ausdruck an, der belustigt scheinen sollte, der That verbrag er jedoch hinter dieser Nonchalance nur die Verlegenheit.

Sie bog sich über den Tisch hinüber, bis dicht an ihn an, ihre Hand ballte sich krampfhaft, so daß sie fast den Handtuch zu zer Sprengen drohte, ihre Oberlippe hob man sah ihre fest zusammengebissenen kleinen Zähne, nur mühsam schien sie die Worte hervorzuholen zu können:

„Mein Herr, sie sehen, daß ich ein erbärmliches Wesen bin, Sie wissen, daß ich von der Schande lebe, wie die Leute

was in Der Gey n er en erwahen Momen noch em rre ut i-dungen der Rumb Regulat liegende dem Wachtung in Gebet ung mit t Arbeit ina in eit kräi e Eingel habe, i sen W Bunkf i n in Sal ngurichd an, D gemach in Wien Risten Verjamn Lütgens s Ebem Der Ber er Berlin ter südbil in die h London is of t m Raum e, daß e kann. ch eigen ände gan Reform reden, de n untert gt wech die Wob n, ordne einer ge mit kämme Rameg betheilig en. Bunt ien“, nach e, welche r: ähndun ten Parlung angru rung d Kaufsch nur le Mitgliebt ittsnach übertrag lung ein gesche daß an Schlus der den 14. als zehn Arbeiter an einer Assoziation beteiligen dürfen; Rend, Al war wird das Gesetz nicht immer streng angewandt; noch kann eine reaktionäre Regierung es zu jeder Zeit wieder beleben; Lody hat dies Gesetz schon früher bekämpft, möge er sich bemühen, dasselbe aufzuheben und ein ausgebreitetes Assoziationswesen zu schaffen. Die französische Staatsgewalt hat bis jetzt sich in Arbeiterfragen nur geltend gemacht, wenn die Noth die Arbeiter zum Aufruhr zwang — dann sandte sie Polizei und Militär hin zur Unterdrückung desselben. Als aber die Arbeiter von Rouen und Umgegend vor einigen Jahren zum Präsidenten der Republik kamen, um Hilfe gegen ihre Arbeitgeber zu erbitten, da wurde eine vollständig neue und resultatslose „parlamentarische Untersuchung“ angestellt. Das Ministerium Freycinet will nun soziale Reformen anbahnen, und der Minister Lody ist mit den Vorarbeiten betraut worden. Welche Gestalt diese Reformen annehmen sollen, davon weiß man allerdings noch nichts. Ob die etwas ausgefahrenen Geleise des sozial-reformatorischen Versicherungswesens, ähnlich wie in Deutschland, betreten wer-

geistige Gebrechen des zu Ueberweisenden dem im Wege stehen. Frauenpersonen, welche ihre Entlassung erwarten, sind einer Anstaltsanstalt nicht zuzuführen. Ob später eine korrektionelle Nachhaft festzusetzen, bleibt von den besonderen Umständen abhängig. Kranke sind erst nach erfolgter Heilung der Arbeitsanstalt zuzuführen. Die Dauer der Detention im Falle erstmaliger Ueberweisung ist auf sechs Monate, bei jeder späteren aber entsprechend höher, bis zu der Nothmalzeit von zwei Jahren zu bemessen. In allen Fällen, in welchen das Verhalten des Detinirten die Erwartung gerechtfertigt erscheinen läßt, daß der Zweck der Nachhaft durch eine kürzere als die festgesetzte Zeit erreicht werden wird, hat die Direktion des Arbeitshauses wegen Abkürzung derselben der Landespolizeibehörde, unter Vorlegung eines von dem oberen Anstaltsbeamten und dem Anstaltsgeistlichen abzugebenden, motivirten Gutachtens, die erforderlichen Vorschläge zu machen. Bei der Entscheidung über dieselben ist die Landespolizeibehörde ermächtigt, die festgesetzte Detention bis zur Hälfte, jedoch keinesfalls über drei Monate zu ermäßigen. Zu dem von der Landespolizeibehörde festgesetzten Termine gelangt der Detinirte zur Entlassung, sofern nicht von der Anstaltsdirektion eine Verlängerung der Detention, wegen schlechter Führung, nachgesucht und genehmigt sein sollte. Vor der Entlassung ist der Detinirte zu befragen, an welchem Ort er seinen Aufenthalt zu nehmen beabsichtigt. Die Anstaltsdirektion hat sodann die Ortsbehörde zu benachrichtigen, mit dem Erlauben, dem Entlassenen bei seinem weiteren Fortkommen beistand zu leisten und ihm eine seiner Kräfte angemessene Arbeit zuzuweisen und zu diesem Zwecke die Mitwirkung des Ortsgeistlichen sowie etwa bestehender Vereine in Anspruch zu nehmen. Endlich soll in denjenigen Fällen, in welchen Personen unter 21 Jahren zur korrektionellen Nachhaft gebracht werden, festgestellt werden, inwiefern an der Verwahrung des Vaters oder Vormund etwa eine Schuld trifft, und soll in diesen Fällen die Entziehung der väterlichen Gewalt beantragt, auch der Waisenrath des Aufenthaltsorts benachrichtigt werden.

**Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten,** lautet: „Die Ausübung der Gerichtsbarkeit in den deutschen Schutzgebieten, sowie die Mitwirkung der deutschen Behörden bei der Ausübung dieser Gerichtsbarkeit und die hierbei zur Anwendung kommenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts und des Strafrechts werden durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths geregelt. Die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag sofort beziehungsweise bei dessen nächstem Zusammentritte zur Kenntnissnahme vorzulegen.“ — Der Reichstag wird sich demnächst mit diesem Entwurf zu beschäftigen haben.

**Ausweisungen auf Grund des Fremden-Gesetzes.** Herr Hermann Bang, ein junger Schriftsteller aus Kopenhagen, welcher sich in Berlin aufhielt und ausschließlich literarischen Interessen lebte, ist von der Polizei benachrichtigt worden, daß er binnen 48 Stunden den preussischen Staat zu verlassen habe. Wie verlautet, gedachte Herr Bang hier hauptsächlich dramaturgische Studien zu machen. — Ferner wurde Dr. Emil Keller, Reinthal, ein besonders in der österreichischen Arbeiterbewegung vielgenannter und von österreichischen Behörden viel verfolgter und gemäßigter Anhänger der Sozialdemokratie von der Polizei aufgefordert, binnen 24 Stunden Berlin und Umgegend zu verlassen. Am letzten Montag erschien noch vor Tagesanbruch ein Polizeibeamter in seiner Wohnung, der ihn aufforderte, mit nach dem Rollenmarke zu kommen. Nachdem man dort den Esfirten ein paar Stunden in einem separirten Zimmer untergebracht hatte, wurde ihm schließlich die Ausweisungsballe zugesellt.

**Aus München** wird gemeldet, daß das Gesamtministerium dem König Vorstellungen in Betreff der Kabinettsliste gemacht habe, welche aber zurückgewiesen worden seien. Wie einige Blätter wissen wollen, hätte das bayerische Ministerium die Absicht, eine Entlassung einzurücken. Eine heutige Depesche aus München stellt dies jedoch in Abrede, die Stellung des Ministeriums sei weder erschüttert noch beabsichtigt dasselbe seine Demission zu nehmen. König Ludwig soll sich ausenblächlich inognito in Paris befinden.

**Frankfurt a. M.** Vor einigen Tagen erschienen, wie die „Frankf. Zig.“ berichtet, in der Wirtschaft des Herrn Schütz in der Brückhofstraße Nr. 6 ein Polizeikommissar und ein halbes Duzend Schutzleute, welche die anwesenden Gäste durchsuchten. Man zog denselben allerlei aus den Taschen: dem einen sein Frühlitz, dem andern eine „Frankfurter Zeitung“ und so fort! Nachdem die Untersuchung beendet war, zog sich die Polizei wieder zurück und überließ die Gäste ihrem eigenen Nachdenken über diese etwas auffällige Polizeipatrouille.

**Begnadigung.** Die Schutzleute Speer, Hübner und Stockhausen zu Frankfurt a. M., welche wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt (Friedhofskassäre) zu dreimonatlichem Gefängnisstrafen verurtheilt worden, sind aus Anlaß des Regierungsjubiläums begnadigt worden.

### Oesterreich Ungarn.

Daß es in Kroatien rumort, kann angesichts des Vorgehens der dortigen Regierung nicht Wunder nehmen. Vor einigen Tagen wurde sogar von einem Versuch, die Truppen in der Kaiserne zu Piume zum Aufstand zu bringen, berichtet.

„Aha, das ist wohl nicht vernünftig, was ich Ihnen hier sage, das mag sein.“

Sie zuckte geringschätzig die Achseln und sah sich lech und unternehmend im Saale um.

Das Café hatte sich inzwischen gefüllt, eine Menge außerordentlich elegant gekleideter Damen hatte sich eingefunden und an den Tischen Platz genommen. Die Habitus des Cafés sahen bei ihren Getränken und tauschten mit den Damen Bemerkungen aus, die öfter mehr pikant und schlüpfrig, als anziehend waren.

Je später es wurde, desto lebhafter wurde das Treiben. Die Kellner eilten geschickt durch die Menge hindurch, hier noch für einen besonders angenehmen Gast einen Stuhl besorgend, dort mit Gewandtheit nicht unerhebliche Beträge einlassend.

Die beiden jungen Leute hatten eine ziemliche Zeit lang schweigend bei einander gesessen, sie hatten wohl die Aufmerksamkeit des Damenpublikums auf sich gezogen, das bisweilen nicht mißzuverstehende Aeußerungen machte, die Beiden hatten indessen hiervon keine Notiz genommen.

„Nun,“ sagte der junge Mann endlich, indem er noch der Uhr sah, „es ist ziemlich spät geworden, ich werde mich nach Hause begeben. Du willst also nicht mit Dir reden lassen?“

„Nein.“

Dieses Nein klang hart und bestimmt. Das Mädchen sah ihn hierbei höhnisch und herausfordernd an.

„Auch nicht, wenn ich Dir sage, daß ich Dich heute immer noch so liebe, wie früher, daß ich es tief bedauere, jemals von Dir getrennt worden zu sein?“

„Dann erst recht nicht, es würde im Gegentheil eine besondere Genugthuung für mich sein, wenn ich wüßte, daß Sie die Wahrheit sprächen. Mich betrügt man aber nur einmal und ich wüßte Ihnen, daß Sie ruhelos, von ewiger Unruhe gequält durch das Leben wandern müßten,

Nach den jetzt vorliegenden Details hat sich das folgendermaßen zugetragen: Am Neujahrstage suchten vier junge Leute bei dem Rumener Kommando die Erlaubnis nach, die Lokalität der daselbst stationirten 12. Kompagnie zu besichtigen. Wie in allen ähnlichen Fällen, wurde auch diesmal die Erlaubnis erteilt. Nach Besichtigung der Lokalität zog einer der jungen Leute die Soldaten ins Gespräch. Er sagte nicht, daß in Kroatien bereits die Revolution ausgebrochen wäre, fragte aber die Soldaten kroatischer Nationalität, ob sie Starcevic, den wahren Kroatien, den die Magyaren aus Rache wegen seines Patriotismus zu dreimonatlichem Gefängnis verurtheilt hätten, kennen. Weiter sagte der Betreffende, daß die kroatischen Soldaten nicht lange mehr in Piume bleiben könnten, denn die Kroaten empörten sich, und in Verbindung damit würden die Soldaten gefragt, ob sie bereit sein würden, gemeinschaftlich mit ihren Brüdern zu kämpfen. Auf die letzte Frage konnte keine Antwort mehr erfolgen, weil ein Korporal der Ohrenzeuge dieses Gesprächs gemeldet, sofort dem dienstthuenden Wachtmeister Bericht erstattete. Letzterer ließ die jungen Leute festnehmen, geleitete sie zum Militär-Kommando, von wo dieselben nach ihrer Vernehmung der Zivilbehörde ausgeliefert, beziehungsweise der Staatsanwaltschaft übergeben wurden. Diese beantragte die Einleitung einer strafgerichtlichen Untersuchung, welcher Antrag vom Gerichtshof genehmigt wurde. Demgemäß ist die Untersuchung im Zuge. Ueber weitere Angaben der Journale, daß nämlich die Soldaten sofort zu den Waffen gegriffen, dieselben auch nach Auforderung ihrer Vorgesetzten nicht hätten ablegen wollen und erst nach Einschreiten einer bewaffneten Kompagnie sich beruhigt hätten, verlautet nur so viel, daß diese Angaben keine Bestätigung von kompetenter Seite erhalten hätten.

### Frankreich.

Der vorläufige Abschluß der Staatseinnahmen Frankreichs in dem Jahre 1885 ergibt folgendes Resultat: Die Gesamteinnahme betrug 2 277 684 100 Frs., gegen den Voranschlag 33 661 600 Frs. weniger und gegen die Einnahmen in 1884 um 11 750 000 Frs. geringer. Die Abnahme gegen den Voranschlag und das Vorjahr ist sehr bedeutend in den Einnahmen aus den indirekten Steuern (20,1 Millionen Frs. weniger gegen den Voranschlag und 13,8 Millionen Frs. weniger gegen 1884). Ferner zeigt sich ein bedeutender Ausfall in den Registrirgebühren, 24,1 Millionen weniger gegen den Voranschlag. Die Zölle ergaben 5,7 Millionen Frs. weniger als im Budget vorausgesehen war und 4,3 Millionen Frs. mehr als in 1884. Die Einkommensteuer ergab eine Vermehrung von 17,2 Millionen Frs. über den präliminirten Betrag. Auf den erheblichen Ausfall der Registrirgebühren hatte die Verringerung der Uebertragungen von Immobilien Einfluß. Auf dieser Position entstand ein Minus von 15,5 Millionen Frs. gegen den Voranschlag und 6,2 Millionen Frs. gegen 1884.

Der französische Ackerbau ist in einem den Verhältnissen entsprechenden Umschwung begriffen. Die Viehzucht ist derjenige Zweig, welcher auf Kosten aller andern an Ausdehnung gewinnt. Im Jahre 1875 gab es 11 700 000 Stück Hornvieh, 1884 dagegen 13 Millionen. Die Zahl der Schweine ist von 6 700 000 auf 7 100 000 gestiegen. Dagegen ging das Schafvieh von 25 Millionen Stück auf 23 700 000 zurück. Die Vermehrung des Rindviehs hat auch eine Steigerung der Butter- und Käsebereitung zur Folge.

— Rochefort kündigt die baldige Einbringung eines Amnestieantrags ein und droht der Regierung mit ihrem Sturze, wenn sie denselben nicht erteilt.

— Paris, 14. Januar. Präsident Grevy unterzeichnete heute die Dekrete, durch welche alle diejenigen, welche seit dem Jahre 1870 wegen politischer Verbrechen oder Vergehen verurtheilt worden sind und gegenwärtig noch deshalb Strafe verbüßen, begnadigt werden. Auch einer Anzahl Anderer, die wegen Verbrechen oder Vergehen nach dem gemeinen Strafrecht zu Strafen verurtheilt waren, sind vom Präsidenten Strafmäßigungen bewilligt worden. — Die Volkshast des Präsidenten wird heute Nachmittag 4 1/2 Uhr in den Kammern verlesen werden.

### Spanien.

Ueber den Putz in Cartagena liegen nunmehr in verschiedenen Blättern Mittheilungen vor, die jedoch unter einander in den Einzelheiten abweichen. Nach einem Madrider Telegramm der „Agence Havas“ hätten sich außer einem Sergeanten 45 Soldaten an dem Aufstandsversuche betheiligt und den Ruf: „Es lebe die Republik!“ vernommen lassen. Wenn gemeldet wurde, daß die Insurgenten Bauern gewesen, so heißt es in dem offiziellen Telegramm, daß die Soldaten als Bauern verkleidet gewesen seien. Wie anderweitig verlautet, feuerten die Aufständischen, nachdem sie die Besatzung des Forts San Julian gefangen genommen und den Befehlshaber gefesselt hatten, einen Kanonenschuß ab, um die anderen Forts, die angeblich im Komplotz gewesen wären, zu benachrichtigen, worauf diese mit Rauchsignalen geantwortet hätten. Hierdurch sollen nun, wie der „Neuen freien Presse“ telegraphirt wird, die Stadt und das im Hafen ankernde Geschwader alarmirt worden sein, so daß es den Behörden gelang, zu verhindern, daß die Einwohner sich an dem Putze betheiligten. Was dann das Einschreiten des Militär-Gouverneurs von Cartagena, General Folgado, und dessen schwere Verwundung betrifft, so weichen die verschiedenen Berichte nicht wesentlich

von brennender Sehnsucht gefoltert nach einem Gegenstande, dessen Sie sich nie bemächtigen sollen.“

„Martha, ich will Dir einen Vorschlag machen!“

„Ich will ihn nicht hören, ich würde ihn doch mit Hohnlachen zurückweisen. Und böten Sie mir die Hälfte Ihrer Millionen, ich würde dieselben ausschlagen, und wüßte ich nicht, Herr Waller, wie mir das auch schon passiert ist, wo ich mein müdes Haupt niederlegen soll. Mir ist das heute Alles ganz gleichgültig, nur Sie allein sollen mich nicht noch elender sehen, wie Sie mich bereits gemacht haben.“

„Du bist eine Ehorin, Martha —“

„Und wenn ich es tausend Mal bin, Sie haben am allerwenigsten das Recht, mir deshalb Vorwürfe zu machen. Ich habe Ihren gleichnerischen Worten einmal geglaubt, zum zweiten Mal thue ich es nicht wieder. Mag kommen, was da will. Ich habe auch ein Herz gehabt, auch ich wiegte mich in Jugendträumen wie jedes andere junge Mädchen, da kamen Sie und machten mir einen Strich durch die Rechnung. Meinen Sie wirklich, daß es jemand, der die Verhältnisse näher kennt, in der That glaubt, daß mein Bräutigam Sie bestohlen hat, ich sage Ihnen, er sitzt unschuldig im Gefängnis. Doch das ist Alles vorbei. Weshalb sprechen wir noch davon?“

„Du willst mich also nicht anhören?“

„Niemals!“

„Nun, dann ist es gut. Hoffentlich sehen wir uns wieder!“

Sie wandte sich ab und drehte sich nach einem anderen Tisch um, indem sie mit einer Freundin einige Worte wechselte.

Er stand auf, bezahlte seine Rechnung und ging langsam hinaus.

An der Thür blieb er bei dem großen, bärtigen Portier stehen.

„Können Sie mir vielleicht die Wohnung der jungen

von einander ab. Während aber zunächst gemeldet wurde, Insurgenten wären zu Schiffe entflohen, sollen sich dieselben in nahe gelegenen Bergwerken verborgen haben. — Mag es die eine oder die andere Person zutreffen, soviel steht fest, daß die Zustände in Spanien nichts weniger als sicher sind.

### Serbien.

Während in Bulgarien zahlreiche Beurteilungen der Soldaten stattgefunden haben, rüffel die serbische Regierung energisch weiter. Gestern waren in Belgrad an den Straßen ecken und in den Kaffeehäusern gedruckte Blätter angebracht, welche zum Eintritt in Freiwilligenbataillone auffordern. Die Freiwilligen erhalten nur Kleidung und Nahrung, aber keine Löhnung. Die Regierung soll beschloffen haben, auf Grund der von den Führern aller Parteien zugesicherten Unterstützung die Friedensverhandlungen mit Bulgarien zu verzögern, zum definitiven Friedensschlusse erst dann zu schreiten, wenn die ostrumelische Unionsfrage gelöst und die Interessen Serbiens durch dieselbe nicht geschädigt sein werden. Durch die Vorgehen hofft man die Großmächte zu veranlassen, den rechten Forderungen Serbiens, bezüglich des Gleichgewichtes unter den Balkanstaaten, zu entsprechen, gleichzeitig aber die Folgen der gegenwärtigen kritischen Situation im Vorzug zu beugen, bezw. den Fortbestand des Kabinetts Garaschew auf längere Zeit zu sichern. In dieser Absicht soll auch die Einberufung der Slupschina auf so ungewöhnlich lange Zeit vertagt worden sein. Falls die bulgarische Union anerkannt wird, verlangt Serbien zum mindesten die Abtretung der Bizitz Widin und Trn. — In Bitol sollen 14 Personen darunter das Mitglied der Slupschina, Niska Stefanow hingerichtet worden sein. Die Priester des Distrikts Bitol und 15 Familien sind nach Nisch gesandt worden, vermuthlich wegen deren bulgarenfreundlicher Gesinnung.

### Dänemark.

Der Präsident des dänischen Folkethings, der Abg. Be ist, wie schon gemeldet, zu sechs Monaten Gefängnis rechtskräftig verurtheilt, weil er das seiner Ansicht nach von einem Polizeibeamten verlegte Versammlungsrecht gegen denselben vertheidigte. In der gestrigen Sitzung des Folkethings ist er dieses Strafurtheils wegen sein Amt als Präsident nicht bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl wurde derselbe nicht mit den Stimmen der Linken, die drei Viertel sämtlicher Abgeordneten umfaßt, abermals zum Präsidenten gewählt.

### Großbritannien.

Im Unterhause leistete gestern Bradlaugh den vorgeschriebenen Eid. Der Sprecher (Präsident) erklärte, daß ein Mitglied des Hauses verfassungsmäßig zur Eidesleistung verpflichtet sei; er könne Bradlaugh an der Eidesleistung nicht verhindern und müsse Alles, was in Betreff gesetzlicher Verpflichtungen aus derselben folge, dessen eigener Verantwortlichkeit überlassen.

### Lokales.

r. Von unserer städtischen Deputation für Straßenreinigung ist bereits vor längerer Zeit ein Uebelstand öfter worden, der sich namentlich in den letzten Tagen recht unangenehm bemerkbar gemacht hat. Während die in Sommermonaten noch spät gegen Abend erfolgende Straßenbesprechung das lästige Stauben beim Straßenkehren während der Nacht verhindert und nöthigenfalls zu diesem Zwecke noch von den Arbeitern der Straßenreinigung eine besondere Besprechung des zu reinigenden Straßenbezirks vorgenommen wird, läßt sich diese Besprechung bei der gegenwärtigen Jahreszeit nicht ausführen. Die Folge ist, daß namentlich beim Anwenden der Straßenkehrmaschinen ein dichter Staub aufgewirbelt wird, der den ganzen Straßensatz wie ein dichten Nebel hüllt und die Passanten entschieden viel mehr belästigt, als etwa die ungesetzte Straße; auf Schilder, Firnis und an den Fensterscheiben lagert sich dann der auswirkte Staub in einer dichten Schicht ab und schädigt belästigt so auch noch die Adjazenten. Diesem Uebelstand gegenüber ist nun die Frage aufgeworfen worden, ob es empfehle, in den Zeiten, wo eine Straßenbesprechung wegen der zeitigen Temperaturverhältnisse nicht angeht, es zu thun und das Pfaster die zur Verhinderung des Staubes nöthige Feuchtigkeit nicht best, die Straßenreinigung auf das Nöthigste zu beschränken und jedenfalls die Straßenkehrmaschinen nicht zu verwenden. Es wäre jedenfalls zweckmäßig, wenn in den Bezirkevereinen und in sonst betheiligten Kreise diese Angelegenheit erörtert und diesbezügliche Vorstellungen an den Magistrat gerichtet würden.

Vorläufig ist die Mutter der — Porzellan-Manufaktur sagt der ironische Berliner und mit gutem Grunde, und im Südosten der Stadt wohlbelannter Hypotheken-Kommission dürfte die tiefe Weisheit dieses Satzes noch besonders wahrnehmbar sein. Am 3. d. Mts. erhielt der gedachte Herr eine genaue Klageausstellung seines Schneiders, welche eine beachtenswerthe Summe von etwa 140 M. für gelieferte Garderobestücke aus dem Jahre 1883 betraf; es war also kein Wunder, die Zustellung war um 3 Tage zu spät erfolgt und der Herr wandte der Verjährung würde dem Klageanspruch gegenüber durchgegriffen haben. In diesem sicheren Rechtsbewusstsein entschloß sich der glücklich um drei Tage zu spät Beklagte

Dame, die dort hinten sitzt, angeben?“ fragte er, indem ein Silberstück in die offene Hand des Portiers gleiten

Der Portier nannte bereitwillig Straße und Nummer.

„Es ist gut, ich danke Ihnen.“

Mit diesen Worten trat er auf die Straße hinaus.

Es hatte aufgehört zu regnen, ein scharfer Wind das Asphaltplaster trocken gesetzt, in den Straßen herrschte noch Leben. Studenten zogen aus Kneipen heim, ulkten harmlose Passanten an, andere schwärmer, die sich verspätet hatten, strebten ihrem Heim an den Straßenecken standen Blumenverkäuferinnen, alte oder ganz junge, Krüppel mit Wachszündhölzern die Vorübergehenden an, kurz es war das bunte Bild, wie es Berlin in seinen belebten Theilen jedes bietet.

Der junge Mann fuhr sich mit der Hand über die heiße Stirn.

„Alle Wetter,“ sagte er zu sich selbst, „ich glaube ich habe Gewissensbisse. Nun, das schelte gerade Meinnetwegen mag sie thun und lassen, was sie will, kann an der Sache doch nichts mehr ändern!“

Er machte einen gewaltigen Lusthieb mit seinem Hut und Schritt, indem er ein Liedchen vor sich hintrauerte, die Straße hinab.

Die unvermuthete Begegnung mit dem jungen Manne bewegte ihn doch mehr, als er es sich selbst merken wollte.

Sein Lieb war allmählig verstummt, er ging in Gedanken verfunken dahin. Vor seinem Geiste tauchten Bilder der Vergangenheit auf.

Er erinnerte sich jenes Volksfestes, welches sein Vater, um die Mode mitzumachen, vor ein paar Jahren seinen sämtlichen Fabrikarbeitern gegeben

Der Herr Kommerzienrath wollte es in Zeitungen lesen, daß er ein milder,

etwas drauf gehen zu lassen; er lud mehrere gute Bekannte zu einem solennen Abendessen nach einem hiesigen Restaurant ein und hielt bei dieser Gelegenheit und zur Feier der glücklichen Begebenheit eine wohlgeleitete Rede. Der betreffende Herr ist ein sehr siglgewandter Redner und so trug er denn die Veranlassung zu dieser Feierlichkeit eben so geistreich wie eingehend und sogar bis auf die genaue Höhe der Summe vor, um die er so einen Schneider „gemacht“ zu haben glaubte. Aber, aber! Reden ist Silber, Schweigen ist Gold! Diese Rede kam auch dem Schneider zu Ohren und dieser erzählte sie seinem Rechtsanwalt, der darin alle Erfordernisse eines rechtsgültigen Schuldanerkennnisses fand, durch welches die Wirkungen der Verjährung aufgehoben werden, und nunmehr die angestregte Klage sicher zu gewinnen hofft. Für den Fall, daß dies gelingt, hat der Schneider seinerseits eine vergnügte Beche in Aussicht gestellt. Ja, ja! Wer zuletzt lacht, lacht am besten!

**Eisbahnen.** In Berlin giebt es jetzt für die lebensfrohe Jugend nur eine wichtige Frage: Wird die Kouffau-Insel nun endlich dem Eislauf freigegeben werden? Spähernd und hoffnungsvoll umkreisen sie unermüdetlich die Ufer; als vorgerührt die Thermometer fast 8 Grad Kälte anzeigte, sprang ihnen das Herz in die Höhe und Mittags folgten sie den Bewegungen der polizeilichen Untersuchungskommission, welche die Eisdecke auf ihre Tragfähigkeit hin prüfte, mit wachsender Ungeduld. Die Messungen ergaben, daß das Eis an den meisten Stellen  $4\frac{1}{2}$ ,  $4\frac{1}{4}$  und 5 Zoll dick. Aber wird der Frost anhalten? Der Wetterbericht spricht von wärmerer Temperatur, aber doch auch wieder von Glätteis, immerhin also doch von Anbauern der Kälte. Eine sehr bemerkenswerthe Neuierung haben die Richter der Bahnen dadurch eingeführt, daß die Eisbahn am Neuen See jetzt bis zur Stadtbahn-Station „Thiergarten“ verlängert ist und so das Publikum direkt für 10 Pf. vom Bahnhof Friedrichstraße bis zur Kasse der Bahn gelangen kann. — Eine ungemein prächtige und sichere Eisbahn bieten jetzt der Klatsch- und der Kalksee von Gertner über Wollersdorfer Schleuse nach den Rüdersdorfer Kallbergen. Die Tour durch diese schöne Winterlandschaft mit ihren bergigen Ufern wird viel gemacht.

**Von den Theaterbränden.** Unter dieser Epigramme wird der „Bresl. N.-B.“ aus Berlin folgendes geschrieben: Das Dementis scheint nach dem von oben herab gegebenen Beispiel eine häßliche Sitte bei uns werden zu sollen. Der § 11 des Preßgesetzes ist aber auch eine so bequeme Handhabe, unliebbare Mittheilungen zunächst durch anscheinend sehr gravitätisch einberichtigenden Widerspruch zu erschüttern oder gar ganz aus der Welt zu schaffen. Welcher aufmerksame Zeitungsleser erinnerte sich nicht der zahlreichen Fälle, in denen trotz der Dementis — bezog es sich nun auf einen Ministerwechsel oder eine Schlägerei in einem Wiener Cafe — sich die Wahrheit der zuerst gemachten Behauptung herausstellte. Im Allgemeinen läßt man, des lieben Friedens willen, oft auch, weil inzwischen dringende Dinge auf die Tagesordnung gekommen sind, solche Unrichtigkeiten laufen. Wenn ich in einem anscheinend unbedeutenden Falle diesmal eine Ausnahme mache, so geschieht es, weil das Publikum aller Orten die dringendste Berechtigung hat, die Wahrheit zu erfahren. — Am Freitag Abend hat es, so melden die Zeitungen, im Deutschen Theater gebrannt. Ein Ballenlopf war durch einen benachbarten Schornstein in's Schwelen geraten, der Rauch war ins Foyer gezogen, und dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr gelang es, die Gefahr zu beseitigen, ohne daß irgend Jemand im Publikum davon etwas merkte. In dieser schonenden Form ward berichtet. Das paßt aber der Direktion des Deutschen Theaters nicht; sie schmäht die Sache in Mittheilungen an die Presse ganz ab, meint, daß ein Ballenlopf nur etwas erhitzt wurde und behandelt die ganze Sache so bagatell. Dieser Widerspruch hat mich veranlaßt, mich bei der Feuerwehr selbst über den Vorfall zu erkundigen, und da lautet das, was ich dem amtlichen Berichte an das Polizeipräsidium entnehme, denn doch wesentlich anders. Herr Direktor V. Arronge hat demnach in einer Drohschle, sobald er den Brandgeruch im Hause wahrnahm, nach der Feuerwache in der benachbarten Linienstraße gesendet — das Veranziehen der Wache auf der Bühne war im Moment unthunlich — und erbat sich von dort Hilfe. Ein Ober-Feuerwehmann und vier von der Mannschaft wurden entsendet. Es gelang ihnen bald, die Stelle, welche bedroht war, zu finden. Da die Vorstellung sich ihrem Ende näherte, so wurde die Wache an die betreffende Stelle plaziert. Nach Schluß der Vorstellung aber mußten der Rauf und die Vertheidigung von der Wand abgeschlagen werden, um die stark verholzten Balken bloß zu legen, es mußte gelöst werden. Die Arbeiten währten mehr als eine Stunde, und in dem Bericht an das Polizeipräsidium heißt es ausdrücklich, daß die Anlagen einer eingehenden Revision dringend bedürfen. — Ein seltsamer Zufall wollte es, daß wenige Tage vorher in ganz Berlin das Gerücht verbreitet war, im Deutschen Theater habe es gebrannt. Da anscheinend jede Spur von Berechtigung zu diesem Gerücht fehlte, so betrachtete man das Vorzeichen der Nachricht und den tatsächlichen Vorfall als ein merkwürdiges Zusammentreffen. Ich bin heute fest überzeugt, daß schon einige Tage vorher Jemand vom Publikum etwas Rauch wahrgenommen und daraufhin irgendwo erzählt hat, „es müsse im Theater gebrannt haben“. So mag jenes Gerücht seinen Weg gefunden haben. — So wenig aufregend die Sache auch verlaufen ist, ein Unrecht liegt darin, sie verkleinern oder vertuschen zu wollen. Das

Arbeitgeber sei, der es nicht verschmähe, bei festlichen Gelegenheiten lordial mit seinen Arbeitern zu verkehren. Damals hatte er sie zum ersten Mal gesehen.

Wie frisch, wie anziehend war sie ihm erschienen, der erste Zauber der Jugend war über ihr ganzes Wesen ausgebreitet, die kindliche Reinheit ihres Herzens hatte einen mächtigen Zauber auf den jungen, blaßroten Herrn, der sich nie einen Wunsch hatte zu versagen brauchen, ausgeübt.

Und heute? Er blieb unwillkürlich stehen. Heute sah sie in jenem Cafe, in dem verrufenen Lokal, wo die Schande sich für Geld selbst bot, und sie hatte es ihm gesagt, daß er nur allein die Schuld daran trüge.

Wie war das nur gekommen? Er machte eine Bewegung, als wolle er die unangenehmen Gedanken abschütteln und ging dann rasch weiter.

Sie hatte damals schon einen Bräutigam, einen jungen braven Menschen, den sie über Alles zu lieben schien. Er war einfacher Hausdiener bei dem Kommerzienrath; eines Tages fehlte eine namhafte Summe, sie mußte gestohlen sein, und die näheren Umstände ergaben bei eingehender Prüfung, daß Niemand anders der Dieb gewesen sein konnte, als der Hausdiener, den ein Jeder bisher für einen treuen, zuverlässigen Menschen gehalten hatte.

Was half alles Betheuern, alles Versichern seiner Unschuld — eines Tages wurde er verhaftet, und bald darauf verurtheilte man ihn zu mehrjähriger Gefängnisstrafe.

Weshalb mußte der Sohn des reichen Mannes, der hier so frei und sicheren Schrittes die glänzenden Straßen entlang ging, gerade heute an den zornigen, haßerfüllten Blick denken, den ihm der Hausdiener zugeworfen hatte, als er von den Schulheuten abgeführt wurde?

„Ach was,“ sagte er halb laut vor sich hin, „die Richter haben es ihm bewiesen, und in Wägensee wird ihm die Lust zu weiteren Schritten schon vergehen. Was liegt überhaupt an solch' einem Menschen, von der Sorte giebt es genug.“

Publikum, das sich mit Leib und Leben dem Theatergebäude anvertraut, hat das Recht, ganz genau auch über die leisesten Vorgänge unterrichtet sein zu wollen. Es dürfte der Direktion in solchen Fällen genügen, darthun zu können, daß sie vollständig allen Oeventualitäten gerüstet gegenübersieht und vorsichtig jeder Gefahr zu begegnen weiß. Das ist viel wirksamer, als der Versuch, einen wirklichen Vorfall einfach aus der Welt hinauszubestreiten. Die Hauptsache aber bleibt, daß die Vetter anderer Häuser nicht eingelullt werden, daß ewige Wachsamkeit der Preis der Sicherheit ist. Deshalb haben wir auch noch nicht so entlegliche Katastrophen zu verzeichnen gehabt, wie andere Großstädte. Aber gefeit ist niemand gegen dieselben, nur die äußerste Pflichterfüllung kann sie abwenden. Deshalb ist es gut, wenn die Direktoren anderer Theater, innerhalb und außerhalb Berlins, freis von solchen Ereignissen erfahren, damit sie, immer von neuem angeregt, auch von neuem revidiren.“

**Was die Gerichtsvollzieher in Berlin versteigern,** das streift bisweilen ans Tragikomische und nichts ist bezeichnender für das Berliner Alltagsleben, als die Auktionen, welche jene Beamte fast tagtäglich in der Residenz abhalten. Laut öffentlicher Ankündigung wurde beispielsweise in der vergangenen Woche im Osten Berlins versteigert: Ritterkostüm, wie es auf der Bühne gebraucht wird — Ein Schlafrock — Ein goldenes Medaillon und — zwei dreifache Kubel. Also vermuthlich die Ausrüstung eines verkrachten wandernden Künstler, welche dort unter den Hammer kamen. Bei weitem charakteristischer nimmt sich aber die Ankündigung eines Gerichtsvollziehers aus, laut welcher derselbe im SW.-Stadtheile Berlins vier — Romane und Erzählungen meistbietend versteigern wird. Der Verfasser ist gleich dabei benannt und er hat am Ende den besten pekuniären Vortheil davon, denn er dürfte doch gewiß bereitwillige Verleger finden, wenn er nun einen Roman schreibt, betitelt: „Die Poeste unter dem Hammer des Gerichtsvollziehers“.

**Durch einen Sturz vom Omnibus** verunglückte Montag Abend auf dem Kreuzungspunkte der Rosenthaler-, Wip- und Weinmeisterstraße der Hausdiener F. dadurch, daß er in angetrunkenem Zustande von dem Deck über das Geländer hinweg auf den Straßendamms stürzte und beunruhigend liegen blieb. Im Gesicht mit Blut überströmt, wurde derselbe durch einen Schuttmann in das St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht, woselbst er erst am andern Morgen zum Bewußtsein kam. F., der nach ärztlichem Gutachten nur leichte Quetschungen am Kopfe erlitten, soll nach Aussage eines Zeugen auf dem Verdeck des Omnibus gestanden haben.

**Ein gräßlicher Butterhändler.** Die Berliner Butterhändler haben einen gräßlichen Konkurrenten erhalten. Ein Oberst Graf Schmettow annonciert in den Zeitungen, daß seine auf allen Ausstellungen als hochfein prämierte Butter hieselbst in dem pommerischen Meierei-Verkauf zu haben ist.

**Die bedauerlichen Unglücksfälle,** welche sich in den letzten Tagen auf dem Eise ereigneten, haben die Drittpolizeibehörden um Berlin Veranlassung gegeben, zur Verhütung ähnlicher trauriger Vorfälle die umfangreichsten Vorkehrungen zu treffen. Dieselben bestehen darin, daß längs der Ufer der Wasserstraßen hinreichende Polizeimannschaften stationirt werden, welche ein Betreten gefährdeter Stellen verhindern sollen. Zugleich werden Strohwische dieselben bezichnen. Leider ist es Thatsache, daß viele Personen trotz aller Warnungen die abgesteckten Grenzen überschreiten und darin eine Drauferei suchen, dort Schlittschuh zu laufen, wo noch kein Fuß gewesen.

**Doch derweil nun dieser Fuß** — glücklich der Gefahr entgangen — wird durch Thor- und Schicksalschlag — Mir der andere weggegangen. Diese Worte des Pedro aus „Pregiosa“, könnten in etwas veränderter Form auf eine Dame Anwendung finden, welche am Dienstag um die Mittagshunde in der Leipzigerstraße bei einer Drohschle erster Klasse schnell vorüber wollte. Glücklich hatte sie zwar den Kopf des Pferdes hinter sich, nicht aber die Schleppe ihres Kleides. Mit einem Ruck war durch die Räder des Wagens der Kopf von der Taille getrennt und: „Man begehrte nimmer und nimmer zu schauen — Was die Journale bedeckte mit Nacht und Grauen.“ Eine vorübergehende Frau aus dem Arbeiterstande beschützte mittheilend die Demaschite und entzog sie den Blicken der spottenden Berliner Jugend, bis nach kurzer Pause die Dame eine Drohschle bestieg und davonfuhr.

## Vereine und Versammlungen.

be. Eine öffentliche Arbeiterinnenversammlung fand am Dienstag, den 12. d. Mts., in der „Urania“ unter Vorsitz der Frau Bötting statt. Herr Stadt. Frey Görck sprach über die Bedeutung der Arbeiterinnenbewegung in der Gegenwart. Die Arbeiterinnenbewegung — so etwa führte er aus — hätte eine so fruchtige Entwicklung genommen, daß sie von keiner Seite ignoriert werden könne. Sie müsse freudig begrüßt werden und bezeichne einen neuen Kulturabschnitt. Was früher die Ermahnungen Einzelner nicht vermochten, sei jetzt durch die Entwicklung der Industrie mit Naturnothwendigkeit herbeigeführt worden. Es sei notwendig, daß die arbeitende Frau mit dem arbeitenden Manne sich vereinige, dann werde das Loos beider ein besseres werden. Die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise, in der Konkurrenz durch Verbilligung der Produkte zu liegen, habe die Frau als billigeres Arbeitermaterial in die Fabriken geführt. Das sei

Ein kaltes, höhnisches Lächeln trat auf sein Gesicht. Lustige Tage waren es allerdings gewesen, die er dann verlebte hatte. Er hatte es so einjurichten gewußt, daß er mit dem jungen Mädchen öfter zusammentraf, er hatte sie mit Schmudagegenständen, mit schönen Kleidern wahrhaft überschüttet, ihr Vergnügungen zugänglich gemacht, die dem jungen Mädchen bisher vollkommen fremd geblieben waren.

Wer kann das ewige Räthsel, welches das Weiberherz bildet, lösen? Sie war jung, lebenslustig, vertrauensvoll, sie hatte von Jugend schwer gearbeitet und nur wenig von der Lücke und Arglist der Menschen erfahren. Sie gab sich, trotz ihrer tiefen und aufrichtigen Liebe zu ihrem Bräutigam, mit der ganzen erstaunten Unerfahrenheit eines Kindes den neuen Eindrücken hin, die beiden jungen Leute taumelten von Vergnügen zu Vergnügen, bis eines Tages das Unglück geschehen war.

Wieder machte er einen Lusthieb. Von jenem Tage ab, als sie ihm die Mittheilung machte, die ihn mit jähem Schreck erfüllte, war er kälter und kälter zu ihr geworden. Er hatte sich schließlich gar nicht mehr um sie gekümmert, und sie war viel zu unfundig, um ihre Rechte irgendwie wahrzunehmen.

Um ihre Vergangenheit und näheren Verhältnisse hatte er sich nie gekümmert. Vielleicht wußte er es garnicht, daß sie ohne alle Familienangehörige da stand, daß sie Niemanden hatte, der sich um sie bekümmerte. Sie hatte nur eine alte Lante gehabt, bei der sich ihr Bruder in Pflege befand. Diese Lante war gestorben und seit der Zeit war auch ihr Bruder spurlos verschwunden.

Heute hatte er durch ihre kurzen Mittheilungen die erste Kunde von dem Ende seines Liebesdramas erhalten. Es war ihm nicht unangenehm, daß die ganze Sache für ihn so glücklich abgelaufen war. Als sie damals trotz ihrer mädchenhaften Schüchternheit an ihn die Auffor-

zur Ursache schwerer sozialer Schäden geworden. Unter den heutigen Verhältnissen müsse eine Ausbreitung der Frauennarbeit zur Degeneration führen. Damit solle der Frau nicht etwa das Recht auf Existenz, begründet durch eigene Arbeit, abgesprochen werden; unter der heutigen Form der Produktion sei eine Beschränkung der Frauennarbeit geboten. Eine Anzahl Gelehrten hätten behauptet, daß die Frau von der Natur in Folge einer Anzahl phylogogischer Eigenschaften — geringerer Umfang und geringere Schwere des Gehirns u. — dem Manne untergeordnet sei. Man verwechsle hierbei aber Größe mit Güte und vergesse, daß die seit Jahrhunderten auf der Frau lastende Unselbstständigkeit die durchschnittliche Ausbildung ihrer Fähigkeiten verhindert habe. Die Zukunft gehöre der heranwachsenden Generation, gerade die Mutter sei berufen, dem Kind jenes Selbstständigkeitsgefühl einzupflanzen, welches bessere Zustände verbürge. Die Arbeiterinnenvereine hätten die hohe Aufgabe, die Frau zu diesem wahrhaft menschlichen Berufe zu erziehen. — In der Diskussion bat zunächst Frau Bötting, von einer so jungen Bewegung, wie die der Arbeiterinnen noch keine positiven Leistungen zu verlangen und forderte die Frauen auf, sich einem der bestehenden Vereine anzuschließen. Die Herren Kunkel und Dr. Vitzgenau sprachen im Sinne des Referenten. Herr Dr. V. regte die Frage an, ob nicht ein Anschluß des Nordvereins an den 1. Arbeiterinnenverein geboten sei. — Fr. Steindorff ersuchte die anwesenden Männer, lieber ihre Frauen und Töchter in die Arbeiterinnenversammlungen zu schicken, statt daß die Männer zu drei Vierteln den Saal füllten. Zum Schluß theilte die Rednerin noch mit, daß am Montag, den 18. d. M., in „Samsjoui“ eine Arbeiterinnenversammlung stattfinden. — An der weiteren Diskussion, theilnahmen sich noch die Herren Heller, Baake, Jubel, Guttman und die Damen, Fr. Jagerl, Fr. Wabnitz, Fr. Feilau und der Referent, Herr Görck. Von dem Reichstagsabgeordneten Herrn Lubm. Löwe war ein Schreiben eingelaufen, in dem derselbe mittheilt, daß er zu seinem Bedauern durch wichtige Geschäfte in seinem Amt als Stadtordeener verhindert sei, der Einladung nachzukommen und in der Versammlung zu erscheinen, gleichseitig spricht er der Arbeiterinnenbewegung seine volle Sympathie aus und wünscht ihr einen gedeihlichen Fortgang.

In der öffentlichen Versammlung der Berliner Metallschleifer am Sonntag, in welcher die Gründung eines Fachvereins auf der Tagesordnung stand, hatte Herr Gottfried Schulz das Referat übernommen. Redner schilderte die schlechte Lage des Geschäftes und wies darauf hin, wie die Arbeit und mit ihr der Lohn von Tag zu Tag geringer wird und wieviel Elend dadurch entsteht, daß die Zahl der Beschäftigten allenthalben immer größer wird. Auch bei denen, die noch in Arbeit stehen, lautet schon lange die Devise: „Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel.“ Den anwesenden Fabrikanten und Meistern gab der Redner zu bedenken, wie auch ihre Lage sich jeden Tag verschlechtere und nur einzig und allein darum, weil sich jeder Einzelne isolirt und nicht mit den Gefellen Hand in Hand gebe. Den anwesenden Innungsmeistern hielt Redner vor, wie sie sich durch die Bestrebungen der Innung nur ins eigene Fleisch schneiden, denn wir lebten jetzt nicht mehr im 18. Jahrhundert, wo die Innungen wohl in Blüthe standen, sondern im 19. Jahrhundert, wo der Riese „Dampf“ Alles zermalmen wird, was von dem alten Ropf noch übrig ist. Nur durch Verbindungen der Arbeiter durch Fachvereine sei es möglich, Verhältnisse zu schaffen, welche es ermöglichen, daß der Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein führe. Der Arbeiter müsse seinen Geschäftskreis zu erweitern suchen, wozu ihm die Fachvereine Gelegenheit böten, durch wissenschaftliche und gewerbliche Vorträge, freien Rechtsschutz bei gewerblichen Streitigkeiten, Unterstützung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, unentgeltlicher Arbeitsnachweis u. Auch der Metallschleifer heilige Pflicht sei es, sich dem jetzt entstehenden „Fachverein der Metallschleifer“ anzuschließen. Denn die jetzt bestehende Lohnkommission sei wohl augenblicklich ganz gut, aber auf die Dauer leiste eine freie Lohnbewegung nie das, was ein Fachverein leisten kann, was sich bei andern Gewerben schon des Oeffteren gezeigt habe. In der hierauf stattfindenden Diskussion, an welcher sich die Herren Brause, Schulz, Knu, pel, Lauser u. A. theilnahmen, sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß nur durch Beitritt Aller zum Fachverein das Gewerbe gehoben werden könne und nicht wie bisher durch die Schmutzkonturrenz der Fabrikanten und Meister. Hierbei kam es zwischen den Innungsmeistern Wiese und Volter einerseits und dem Vorsitzenden und Referenten andererseits zu heftigen Auseinandersetzungen.

Der Fachverein der Luxus-Papier-Präger und Papier-Schläger hielt am Sonntag, den 10. d. M., eine Generalsammlung in Seeger's Lokal, Grenadierstr. 33, unter dem Vorsitz des Herrn Casper ab. Herr Robert Schulz hielt eine Ansprache an die versammelten Mitglieder und empfahl eine rege Agitation, damit die Individuen mehr und mehr an die Organisation herangezogen werden. Hierzu wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Gewählt wurden die Herren Casper (Vorsitzender), Schmidt (Kassirer) und Seidel (Schriftführer). Zu Beisitzern wählte die Versammlung die Herren Büchel, Marten und Zimmer; zu Revisoren die Herren Schläpfer und Rohland. Beim 3. Punkte der Tagesordnung „Verschiedenes“ streifte Herr Büchel die Gefängnisarbeit in der Papierbranche und kritisierte die dadurch hervorgerufenen Misstände in scharfer Weise.

berung gestellt hatte, sie zu heirathen, ha te er sie einfach verläßt, seine Antwort war die gewesen, daß er sich überhaupt nicht mehr um sie kümmerte.

Trohdem konnte er sich der Gedanken an dieses Mädchen nicht erwehren. Immer und immer wieder mußte er an sie denken, und obwohl der Gedanke an ihren jetzigen Zustand und ihre jetzige Stellung etwas Schrecken erregendes für ihn hatte, fühlte er, daß die alte Leidenschaft wieder in ihm erwachte und wider seinen Willen ergriff ihn die Sehnsucht, dieses Mädchen wiederzusehen.

Anfänglich versuchte er dieses Gefühl niederzulämpfen, nach kurzer Zeit jedoch sah er seine Ohnmacht ein, und als er die Treppen zu seinem eleganten Zimmer emporstieg, da war der Entschluß bei ihm schon ein unumrührlicher geworden. —

In dem Cafe hatte das nächtliche Leben jetzt seinen Höhepunkt erreicht.

Eine Schwüle, brüdenbe mit Zigarettenrauch geschwängerte Luft lag über dem Ganzen, elegante Herren saßen an den kleinen Marmorischen in eifrigem Gespräch, die Bemerkungen, die von einem Tisch zum anderen flogen, wurden immer freier und zielloser.

Das junge Mädchen sah immer noch allein an ihrem Tisch. Sie war in tiefe Gedanken versunken, und diese konnten entschieden nicht angenehme Natur sein.

Ein langer junger Mensch mit glattem Gesicht und auffallend frisirtem Haar, in mobischem Anzuge, be: bei ihr vorüberging, blieb stehen und berührte leicht ihren Arm. „Nun Martha,“ sagte er mit etwas heiserer Stimme, „Du machst ja heute wieder ein Gesicht, daß man davonlaufen möchte.“

„Das kümmert Dich doch hoffentlich nicht,“ entgegnete sie kurz. „Freilich nicht,“ erwiderte er lachend, „ich wollte Dir auch nur einen guten Rath geben!“ (Fortsetzung folgt.)

# Grosse Strickgarn- und Strumpfwaaren-Fabrik

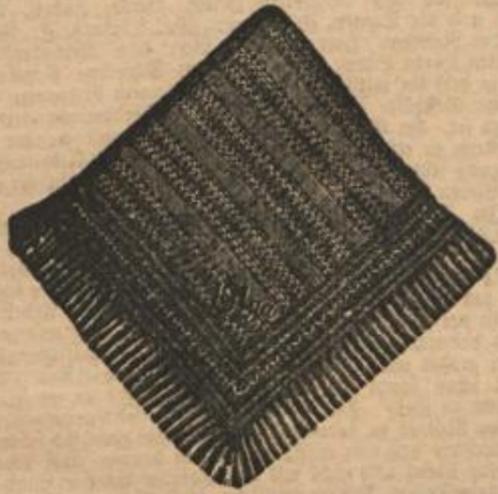
Oranienstr. 166  
Parterre u. 1. Etage.

**BERLIN SO.**

Oranienstr. 166  
Parterre u. 1. Etage.

Filialen:

1. Alexanderstraße 69  
am Alexander-Platz.
2. Invalidenstraße 112,  
Ecke Chausseestraße.
3. Oranienstraße 207,  
vis-a-vis Mantuffelstraße.
4. Skaligerstraße 108.



**Tücher** in Zephyr, Castor, Plüsch, Chenille,  
Mohair, Mooswolle  
und Belour in allergrösster Auswahl.



**Damen- und Kinderwesten**  
mit und ohne Kermel von 1 Mark an bis zu  
den feinsten Qualitäten.



**Gehäkelte und gestrichte Kleidchen,  
Mädchen, Damen- u. Kinder-Unterröcke**  
in allen modernen Farben.  
Verkauf nach Gewicht.



**Kinder-Tricots**  
in Wolle, Bigogne und Baumwolle  
von 60 Pf. an.

**Camisols,  
Feinkleider  
und  
Schweisssocken,**



**System Jäger,  
zu  
Original-  
Preisen.**

Auf den Lagern befindlich sind ferner folgende besonders  
empfehlenswerthe Fabrikate zu bekannt billigen Preisen:

### Handschuhe

in Tricot, Buckskin, Strick- und Zephyrgarn.

### Strümpfe und Socken

in Wolle, echter Bigogne und Baumwolle, Hand- und  
mechanische Arbeit.

### Pulswärmer, Fäustlinge etc.

**Gestreifte Arbeits- u. Bildhauer-  
hemden,** eigenes Fabrikat.

**Walk- und Strickjacken**  
für Herren und Knaben.

**Teppiche und Läuferstoffe,  
Tisch- und Wiegendecken.**

**Pferdedecken**

in sehr großer Auswahl.

**Damen- und Kinder-Kapotten.**

Die Garnlager enthalten

### Strickwollen

in allen Farben und folgenden Qualitäten:

- |                                      |                        |
|--------------------------------------|------------------------|
| 1) 1/4 Zollpfund zugewog. 55 Pf.,    | — 1/8-Pfd.-Dode 45 Pf. |
| 2) 1/4 " " " 60 " "                  | — 1/8 " " 50 "         |
| 3) 1/4 " " " 65 " "                  | — 1/8 " " 45 "         |
| 4) 1/4 " " " 75 " "                  | — 1/8 " " 60 "         |
| 5) 1/4 " " " 80 " "                  | — 1/8 " " 50 "         |
| 6) 1/4 Zephyr- u. Castorwolle 85 " " | — 1/8 " " 70 "         |

Extraprima 1/10 Zollpfund  
zugewogen 40 " 1 Zollpfund 3,50,  
3,75 und 4,00 Mark.

**Castor-, Moos- und Zephyrwolle,**  
Lage 20 und 25 Pf., 1 Zollpfund 3,50 und 4 Mark.

### Mohairgarn,

extraprima, 2 Lagen 55 und 60 Pf., 1 Zollpfund 4,40  
und 4,80 Mark.



### Tricot-Tailen

in hochelegantester Ausführung in jeder beliebigen  
Farbe und Qualität.  
Extra nach Maass angefertigte Tailen werden  
nicht theurer berechnet.



**Herren- und Damen-Gesundheitshemden**  
in Wolle, Bigogne und Baumwolle  
von 80 Pf. an bis zu 6 Mark.



**Unterbeinkleider für Herren u. Knaben**  
in allen Qualitäten in großer Auswahl.



**Gestrichte Herren-Westen**  
in Wolle und Bigogne in allen Grössen  
von 3 Mark an.

# Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 12.

Freitag, den 15. Januar 1886.

III. Jahrg.

## Parlamentsberichte.

### Eröffnung des Landtages.

Gestern wurde der preussische Landtag durch folgende Thronrede eröffnet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Indem ich Sie am Eingange einer neuen Legislaturperiode willkommen heiße, ist es Meinem Herzen Bedürfnis, von dieser Stelle aus nochmals Meinem Volke Meinen königlichen Dank zu sagen für den einmütigen und erhabenden Ausdruck der Liebe und Anhänglichkeit, der Mir zum Landtage entgegengebracht wurde, an welchem ich auf die fünfundzwanzigjährige Dauer einer durch Gottes Gnade nach Innen und Außen reich gegliederten Regierung zurückblicken konnte.

Zu gleicher Befriedigung hat es Mir gereicht, daß bei dieser Gelegenheit auch außerhalb der Grenzen des Vaterlandes ein Maß von wohlwollender Theilnahme an Unserer Feier zu Tage getreten ist, welches den freundlichen Beziehungen des Reiches zu allen auswärtigen Regierungen und Meinem vollen Vertrauen auf die gesicherte Fortdauer des Friedens entspricht.

Im Uebrigen will ich hiermit den Präsidenten Meines Staatsministeriums beauftragen, Ihnen weitere Mittheilungen über die Lage des Staatshaushalts und über die auf dem Gebiete der Gesetzgebung an Sie heran tretenden Aufgaben zu machen.

Die Finanzen des Staates hat sich gegen das vorige Jahr, wo ihre Unzulänglichkeit angesichts einer notwendigen Erhöhung der Matricularbeiträge sich in erheblichem Maße geltend machte, wieder günstiger gestaltet.

Das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr zeigt auf fast allen wichtigeren Verwaltungsbereichen erfreuliche finanzielle Ergebnisse. Wenn dasselbe gleichwohl keinen für das kommende Etatsjahr verfügbaren Ueberschuß hinterlassen hat, so ist dies die Folge der gesetzlichen Vorschriften über die Verwendung der Jahresüberschüsse der Eisenbahnverwaltung, nach welchen der beträchtliche, über die Voranschläge erstellte Ueberschuß des Jahres auch in der Rechnung eben dieses Jahres schon zu entsprechender Rekrutierung der Staatseisenbahnschuld hat in Ausgabe gestellt werden müssen.

Von dem laufenden Jahre sind nach den bisherigen Wahrnehmungen ganz so günstige Ergebnisse nicht zu erwarten, insbesondere wird der Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung unter dem Einfluß einer vermehrten Verkehrsvermehrung den Voranschlag vielleicht nicht voll erreichen. Dessenungeachtet erscheint die Hoffnung berechtigt, daß das Gesamtergebnis auch des laufenden Jahres kein ungünstiges sein werde.

Für das nächste Jahr fällt ins Gewicht, daß inzwischen durch die gesetzliche Ueberweisung von Vollerträgen an die Kommunalverbände, und durch die Pensionierung der Lehrer an den Volksschulen die ersten Schritte gethan sind zur Befriedigung der auf dem Gebiete der Kommunal- und Schullasten seit Jahren hervorgetretenen Bedürfnisse, für welche aus den bisherigen Einnahmequellen des Staates die erforderlichen Mittel weder zu beschaffen waren noch in Aussicht stehen. Die Mehrausgaben infolge jener beiden Gesetze nehmen die Mehreinnahmen, welche der Staatskasse inzwischen durch die Reichsgesetzgebung neu zugeführt worden sind, zum größeren Theile in Anspruch, während der Reichshaushalt eine erneute Steigerung der Matricularbeiträge für das nächste Jahr vorzuziehen nöthigt. — Unter diesen Umständen können auch die größeren Ueberschüsse, auf welche bei den meisten Betriebsverwaltungen des Staates nach den sorgfältig aufgestellten Voranschlägen wiederum zu rechnen sein wird, die beträchtliche Erleichterung der Lasten des Staates, welche durch die Umwandlung bisher höher verzinslicher Schulden in vierprozentige gesichert ist, bei aller Sparlichkeit und Beschränkung in der Berücksichtigung neuer Bedürfnisse nicht hinreichen, um das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben im nächstjährigen Staatshaushalt herzustellen.

Es wird daher, wenn auch in geringerem Umfange wie für das laufende Jahr, abermals der Staatskredit zur Deckung des Fehlens in Anspruch zu nehmen sein.

Die Regierung hat hierin und in der Ueberzeugung, daß es bei den geringen Anfängen einer Erleichterung des Druckes der Kommunal- und Schullasten und dem Aufschube der Verbesserung der Beamtenbesoldungen nicht etwa sein Bemühen haben kann, erneuten Anlaß gefunden, auf die Weiterführung der Reichssteuerreform hinzuwirken, insbesondere hat sie sich angelegen sein lassen, reichsrechtliche Bestimmungen zur Einführung des Branntweinmonopols vorzubereiten und zu beantragen, von deren Annahme sie ausreichende Erträge zur Befriedigung der dringenden Bedürfnisse in Staat und Reich und günstige Folgen für Moral und Gesundheit erhofft.

Die Entwürfe des Staatshaushalts für das nächste Jahr und eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe zur Ergänzung der nächstjährigen Einnahmen des Staates werden Ihnen alsbald vorgelegt werden.

Auf dem Gebiete der industriellen Thätigkeit macht sich in einzelnen Betriebszweigen eine Stockung des Absatzes bemerkbar.

Diese Erscheinung läßt sich auf eine durch die bisherigen günstigen Erfolge der gewerblichen Arbeit argeregte Steigerung der Betriebsamkeit und auf den Wunsch zurückführen, dem deutschen Fabrikat im Wettbewerb mit den konkurrierenden Industriestaaten den Vortritt zu sichern. Eine Abhilfe hiergegen liegt außerhalb des Bereichs unserer Gesetzgebung. Nur die Zurückführung unserer Produktion auf das Maß des Bedürfnisses wird die ungünstigen wirtschaftlichen Folgen fern zu halten vermögen, welche eine Anhäufung nicht absetzbarer Erzeugnisse nach sich zieht.

Die erfreulichen Ergebnisse unserer Eisenbahnpolitik gestatten, Ihnen auch in diesem Jahre die Herstellung einer Reihe von Schienenverbindungen in verschiedenen Theilen des Landes vorzuschlagen, durch welche wichtige Verkehrsgebiete erschlossen und erhöhter wirtschaftlicher Entwicklung entgegen geführt werden sollen.

Von der Kürsorge für die Förderung der Dinnenschiffahrt wird neben den weiteren beträchtlichen Forderungen für Stromregulirungen und Schiffahrtsanlagen in dem Staatshaushalt eine Vorlage beantragt, welche die im Jahre 1883 ohne Erfolg vorgeschlagene Anlage eines Kanals von Dortmund nach den Ems-Häfen unter zweckmäßiger Erweiterung des Projektes und zugleich den dem gegenwärtigen Verkehrsbedürfnis entsprechenden Ausbau der Wasserstraße von der mittleren Oder nach Berlin bezweckt.

Nachdem in Folge der jüngst ergangenen Kreis- und Provinzial-Ordnungen die Einführung der Verwaltungsreform sich in der Provinz Hannover in erwünschter Weise vollzogen hat und für die Provinz Hessen-Nassau in nahe Aussicht gerückt ist, bleibt die Vollendung des in seinen Grundzügen gesicherten und bewährten Reformwerks für noch vier Provinzen der Monarchie eine wichtige Aufgabe der Gesetzgebung. Zu diesem

Behufe ist zunächst der Entwurf einer Kreis- und Provinzial-Ordnung für Westfalen ausgearbeitet worden, welcher Ihrer verfassungsmäßigen Beschlußnahme unterbreitet werden wird.

Das Zurückdrängen des deutschen Elements durch das polnische in einigen östlichen Provinzen legt der Regierung die Pflicht auf, Maßregeln zu treffen, welche den Bestand und die Entwicklung der deutschen Bevölkerung sicher zu stellen geeignet sind. Die zu diesem Zweck in Arbeit befindlichen Vorlagen werden Ihnen seinerzeit zugehen.

Geehrte Herren!

Sie ersuchen aus dem Verlesenen, daß der Landesvertretung wiederum ein ausgehobenes Feld wichtiger Thätigkeit eröffnet ist. Ich hoffe, daß Ihre Arbeit auf demselben sich auch in diesem Jahre zu einer fruchtbringenden und unter Gottes Segen für die Wohlfahrt des Landes förderlichen gestalten werde.

Auf Befehl Seiner Majestät des Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

### Herrenhaus.

1. Sitzung vom 14. Januar, 2 1/2 Uhr.

Am Regierungstische: Friedberg.

Der Präsident der vorangegangenen Session, Herzog von Ratibor, eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache an die Mitglieder, in welcher er das jüngst stattgehabene Regierungsjubiläum des Kaisers und Königs gedenkt.

Der Präsident bringt darauf auf Se. Majestät den Kaiser und König ein Hoch aus, in welches die Mitglieder, die sich von ihren Plätzen erhoben haben, dreimal begeistert einstimmen.

Zu Schriftführern werden provisorisch vom Präsidenten die Herren Theune, Diege, Graf v. Bieten-Schwerin, v. Neumann berufen.

Seit dem Schluß der letzten Session des Landtages sind in das Herrenhaus neu berufen worden die Herren von Arnim, Fürst von Bentheim-Teulenburg-Rheda, Graf von Dohna-Al.-Rosenau, Graf v. Frankenberg, Graf v. Keyserling-Rautenburg, Oberbürgermeister König (Remel), Oberbürgermeister Köper (K. Feld), Kammerherr v. Wellenbühl, Oberbürgermeister de Nys (Trier), Riedel Freiherr zu Esenbach, Präsident der Seehandlung Köpfer, Regierungspräsident von Meißel Wiesdorf und Regierungspräsident v. Warmb.

Auf der Tagesordnung steht die Konstituierung des Hauses, welche sofort erfolgt, da durch Namensaufruf die Anwesenheit von 104 Mitgliedern festgestellt wird, zur Beschlußfähigkeit aber schon die Anwesenheit von 60 genügt.

Auf den Antrag v. Reist-Regow werden die bisherigen Präsidenten Herzog v. Ratibor, Graf v. Arnim-Boitzenburg und Bessler durch Akklamation wiedergewählt und nehmen die Wiederwahl dankend an.

Ebenso werden die acht Schriftführer der vorigen Session wiedergewählt: Lotichius, Diege, Theune, v. d. Osten, v. Wiedebach, v. Neuman, Graf Bieten-Schwerin und von Schöning.

Das Haus ist damit konstituiert; die bezügliche Anzeige wird vom Präsidenten an Se. Majestät den König sofort erstattet werden.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Entgegennahme von Regierungsvorlagen und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung derselben.)

### Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 14. Januar.

Um 1 1/2 Uhr wurde die erste Sitzung des neugewählten Hauses durch den Alterspräsidenten Abg. v. Pessing mit folgender Ansprache eröffnet:

Meine Herren! Der älteste Abgeordnete hat die Pflicht, die erste Sitzung zu eröffnen. Im Bureau hat man mir gesagt, ich sei der Älteste. Ich bin am 14. November 1809 geboren; ist einer der Herren älter? Da Niemand sich meldet, so liegt die Verpflichtung zur Eröffnung der Sitzung mir ob. Wir haben zuerst wohl den Wunsch ausgedrückt, daß unsere Sitzungen zum Heile des Vaterlandes ausfallen. Wir haben heute aus Allerhöchstem Munde den Dank ausgesprochen gehört, daß Se. Majestät der Kaiser den 3. Januar erlebt hat, daß derselbe so feierlich bezangen wurde. Wir Alle haben uns gewiß glücklich gefühlt; diesen Tag erlebt zu haben, wir haben uns der Großthaten unseres kaiserlichen Herrn erinnert und waren gewiß Alle von dem Wunsche befeuert, daß er uns in seiner Kraft und Frische noch lange erhalten bleibe. Diesen Gefühlen lassen Sie uns in der ersten Sitzung durch den Ruf Ausdruck geben: Se. Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster Herr und König, er lebe hoch! — (Das Haus stimmt dreimal lebhaft in den Ruf ein.) — Nun frage ich, ob die Herren geneigt sind, daß die Geschäftsordnung, wie früher, angenommen werde. — Da Niemand dagegen das Wort ergreift, so nehme ich die Zustimmung an. — Nunmehr erinne ich zu provisorischen Schriftführern die Abgg. Fimmel, v. Quast, Popelius und Worgewall. Die Verlesung in die 7 Abtheilungen werden wir, wenn Niemand widerspricht, nach der Sitzung vornehmen. Morgen bitte ich die Abtheilungen, über deren Bildung Ihnen noch heute Abend Nachricht zugehen wird, die zur Beschlußfähigkeit des Hauses notwendigen Wahlprüfungen und am Sonnabend 2 Uhr die Wahl der drei Präsidenten und Schriftführer vorzunehmen. — Das Haus ist damit einverstanden.

### Deutscher Reichstag.

2. Sitzung vom 14. Januar, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes Graf Verchenfeld, v. Bismarck u. A., vorübergehend v. Boetticher.

Auf der L. D. steht zunächst der von Russfeld und Gen. eingebrachte G. C.:

„Unmittelbare Umschliefungen (Fässer, Flaschen, Krusen und dergleichen) zollpflichtiger Flüssigkeiten bleiben vom Eingangszoll frei, wenn ihr Gewicht in das für die Verzollung der Flüssigkeiten ermittelte Gewicht eingerechnet ist.“

Abg. Proemel (Deutsch-freil.): Meine Aufgabe, deren Schwierigkeit mir in Erinnerung an die langwierigen Bolldebatten der letzten Session einleuchtet, hätte ich mir nach dem damals bewährten Verfahren gern dadurch erleichtert, daß ich auf den Tisch des Hauses ein Petroleumfaß niederlegte, damit es in seinem himmelblauen Anschlußkleide wirksamer für seine Sache spräche, als ich es im Stande sein werde. Als vor etwa einem Jahre der Abg. Müller den preussischen Antrag beim Bundesrathe auf Verzollung der Petroleumfässer hier zur Diskussion brachte, wurde ihm vom Vertreter des Bundesrathes geantwortet, man könne zur Zeit über den Antrag keine Auskunft ertheilen, weil die Entscheidung des Bundesrathes nicht vorherzusehen sei. Heute steht zu befürchten, daß, nachdem der Bundesrath seine Entscheidung getroffen hat, auch diese beschriebene Antwort ausbleiben wird. Der Bundesrath hat in seinen Bestimmungen über die Tara

erklärt: „Unter Bruttogewicht wird das Gewicht der Waare in völlig verpacktem Zustande verstanden.“ Man sollte meinen, daß der Wortlaut dieser Bestimmung einen Zweifel über die Art, in welcher der Stoff, das Petroleum, und die Umhüllung, das Faß, zu verpacken sei, nicht wohl aufkommen läßt, und doch hat der Bundesrath am 18. und 25. September v. J. beschloffen, von dem Petroleumfaß einen besonderen Zoll, einen Zuschlagstoß von 4 Mark pro 100 Kilogramm, zu erheben, so daß der Petroleumzoll von 6 auf 10 Mark erhöht ist, gleich dem Zoll für lackirte Böttcherwaaren. An Gründen dafür liegt uns nur die Interpretation des Herrn Schatzsekretärs vom Januar v. J. vor: die Bestimmung des Gesetzes sei nicht dahin zu verstehen, daß Waare und Faß demselben Zollsatze zu unterwerfen seien, sondern daß die Waare selbst mit einem Gewicht zu verzollen sei, das sich aus dem Gewicht der Waare und dem des Fasses zusammenlege, daß aber die Entscheidung über die Verzollung der Tara d. h. in diesem Falle des Fasses, eine ganz besondere Frage bilde. Diese Erklärung ist funktionslos, niemals ist auf Grund eines deutschen Zolltarifs das Faß einer Flüssigkeit einem besonderen Zoll unterworfen worden. Unser Zollgesetz beruht doch auf dem Hauptgrundsatz, daß Zoll nur auf solche Waaren erhoben wird, die auch thatsächlich in das Zollgebiet eingehen, und die Einrichtung, von der der Bundesrath in diesem Falle selbst Gebrauch macht, die Einrichtung der zollfreien Niederlagen, welche die Wiederausfuhr zollpflichtiger Waaren gestatten, beruht gerade auf dem Grundsatz, daß die Waaren, welche auf die Niederlage gehen, bei ihrem Wiederausgang keinen Zoll zu zahlen haben. Das Petroleum erhebt ja nicht zum ersten Mal diese absonderliche Behandlung; als vor einigen Jahren das russische Petroleum in Zisternenwagen einging, hielt der Bundesrath unerschütterlich daran fest, daß zum Petroleum ein Faß gehöre, und wenn das Petroleum es wegen sollte, ohne Faß einzugehen, die Zollverwaltung gesetzlich verpflichtet sei, sich das Faß zum Petroleum hinzuzudenken (Vorteil); deshalb wurde jenes Petroleum mit einem Gewichtszuschlage von 25 pCt. versehen, d. h. die Phantastie der Zollbeamten brachte garnicht vorhandene Fässer zur Verzollung. Der große Handel, der sich mit den eingehenden Fässern in allen Ländern abspielt, beruht durchaus auf der Erfahrung, daß die Kosten des Fasses sammt seiner Verzollung mit auf den Preis der Waare geschlagen werden. Fässer, die am Ursprungsorte 10 oder 12 R. kosten, sind hier im Handel für 1 1/2 oder 2 R. zu haben. Frey ist der Preis des Petroleumfasses gerade deshalb so erheblich gesunken, weil die Petroleumfässer eben wegen des erhöhten Zollsatzes zum größten Theile wieder ins Ausland ausgeführt werden und dort ein so erhebliches Angebot von Fässern entsteht. Schließlich kommt der höhere Zoll im Rinderwerth des Fasses zum Ausdruck, und der Handelsstand muß Entschädigung suchen im Ausschlag auf den Petroleumpreis. Der Sinn unserer ganzen Zollgesetzgebung steht mit der Maßregel durchaus im Widerspruch; und wenn die Auslegung des Bundesrathes gesetzlich zulässig wäre, so würde unser ganzer Handel in einen Zustand erschreckender Unsicherheit gerathen. Meine Partei meint, daß es sich empfiehlt, dieser durch die Interpretation des Bundesrathes geschaffenen Unsicherheit durch einen einfachen klaren Zusatz zum Zolltarifgesetz ein Ende zu machen. Der Bundesrath könnte ja, wenn er diese Uebelstände wahrzunehmen glaubte, einfach durch einen Gezeitsentwurf eine entsprechende Reform beantragen. Ein so komplizirtes und konfuse System, wie es jetzt geschaffen ist, kann mit der klaren Bestimmung über die Verzollung nach dem Bruttogewicht nicht gemeint sein; und wenn Sie uns die Hand bieten, hier, wo es sich nicht um eine zollpolitische Parteifrage, sondern um eine einfache Rechtsfrage handelt, den durch den Bundesrath geschaffenen Zustand wieder zu beseitigen, so verheßen Sie dem Rechte wieder zu seiner Geltung und dem gefunden Menschenverstande wieder zu seinem Rechte. (Beifall links.)

Abg. Struckmann (nat.-lib.): Ich bedauere, keinen Vertreter der Regierung hier anwesend zu sehen; die Regierung scheint es nicht für nöthig zu halten, auf den Vorwurf zu antworten, der hier erhoben wird, daß sie eine den Gesetzen nicht entsprechende Anordnung getroffen habe. Ein solches Verfahren der Regierung ist nicht geeignet, zwischen Reichstag und Bundesrath ein angemessenes Verhältnis herbeizuführen. Ich hätte gern vernommen, auf welche richterliche Basis der Bundesrath die von uns angegriffene Verordnung zu stützen versucht. Mir persönlich ist es nicht gelungen, eine solche Basis aufzufinden, und ich erkläre rund heraus, daß ich die Verordnung des Bundesrathes als mit den Gesetzen in Einklang stehend nicht ansehen kann. Es liegt ja vielleicht ein gefunder Kern den Intentionen der Regierung zu Grunde; die Bestimmung, daß das Bruttogewicht entscheidend sein soll, ist wohl in der Voraussetzung in das Gesetz aufgenommen worden, daß im Allgemeinen die Tara im Zoll minderwerthiger sei als die Waare. Die ganze Frage würde deshalb zweckmäßig durch eine Kommission geprüft werden, und ich schlage eine solche von 14 Mitgliedern vor. Der Erfolg, die deutschen Böttchergewerbe zu schützen, wird durch die Verordnung des Bundesrathes vielleicht gar nicht einmal erreicht. So kommt die Verordnung nicht dem Inlande zu Gute, sondern den amerikanischen Exporteuren.

Abg. v. Schalscha (Centr.): Die verbündeten Regierungen müßten bei der Ausfuhr des Zolltarifs um so vorsichtiger sein, je größer die Antipathien des Publikums gegen den Zolltarif sind. Meine politischen Freunde haben an dem Zustandekommen des Zolltarifs einen wesentlichen Antheil gehabt. Um so mehr wünschen wir, daß die Ausführung desselben nicht mit Schwierigkeiten und Placereien für das Publikum verbunden sei; sie dienen nur dazu, die Antipathien gegen das ganze Tariffsystem, welches nun einmal existirt, zu vermehren. Der Abg. Proemel hat gemeint, daß es sich hier nicht um eine zollpolitische Parteifrage handle, und darin hat er vollständig Recht. Ich hoffe, daß, wenn ich in nächster Zeit noch einige andere Fälle vorführen werde, wo es sich allerdings um die Schädigung von Großhandelszweigen handelt, die Herren anerkennen werden, daß es sich nicht um eine Parteifrage, sondern um gesetzlich unzulässige Deutungen handelt. Dem Antrag auf Kommissionsberatung schreibe ich mich an.

Abg. Barth (Deutsch-freil.) Zu meinem Erstaunen hat selbst ein Anhänger der herrschenden Wirtschaftspolitik, wie der Vortredner, erklärt, daß der in Frage stehende Beschluß des Bundesrathes nach keiner Richtung hin zu rechtfertigen sei. Der Redner der national-liberalen Partei ist sogar noch weiter gegangen, den Bundesrath zu desavouiren. Und bei einer solchen Sachlage hält es kein Mitglied des Bundesrathes für notwendig, auch nur mit einem Wort auf die Angelegenheit einzugehen. (Hört!) Einer der Herren, der gewöhnlich zu diesen Fragen zu sprechen pflegt, erscheint zwar am Bundesrathstische, verschwindet aber sofort wieder von der Bildfläche, als er sich überzeugt, welcher Gegenstand aus der Tagesordnung steht, und hält es nicht für nöthig, das Wort zu

Verteidigung des Bundesrats zu ergreifen. Ist es nicht die schwerste Anklage gegen den Bundesrat, daß sich derselbe gegen den klaren Wortlaut des Gesetzes vergangen habe? Da wäre doch wohl eine eingehende Reflexion nötig gewesen. Aber nachdem man gesehen hat, wie die Dinge gekommen sind, will Niemand jenen Beschluß des Bundesrats verteidigen; und vergessentlich man sich, wie die Dinge jahraus, jahrein ge- legen haben, so ist es begreiflich. (Auf links: Sie schämen sich!) Nichts spricht so sehr für unseren Antrag, betreffend die Zulassung des Rechtsweges in Zollsachen, als dieser Vorgang. Wie nothwendig es im gegenwärtigen Augenblicke ist, Schutz gegen willkürliche Interpretationen zu suchen, das beweist die Deutung, welche von Seiten der Regierung dem Worte „sofort“ gegeben ist, das beweisen auch die Diätenprose, die bis jetzt von allen Berichten zu Ungunsten des Fiskus entschieden sind. (Hört!) Gegen die kommissarische Beratung unseres Antrages habe ich nichts einzuwenden, obgleich ich sie nicht für nothwendig erachte.

Die Debatte wird geschlossen und der Antrag an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Es folgt die erste Beratung des Antrags Ausfeld u. Gen., betr. die Zulassung des Rechtsweges in Zollsachen.

Abg. Dr. Meyer (Halle (deutsch-freif.)): Der von uns eingebrachte Antrag wurde bereits im vorigen Jahre zur Beratung der Zolltarifnovelle eingebracht und begründet, damals aber abgelehnt. Der Minister v. Scholz warnte alle Freunde der Zollnovelle, auf den Antrag einzugehen, da er nur eingebracht sei, um der Zollnovelle ein Bein zu stellen. Wir sind ja derartige Neuerungen von Regierungskreisen gegen unsere Partei ebenso gewohnt wie die stete Wiederholung des Vorwurfs, daß von unserer Seite auf eine Verschlechterung des Tones der Debatte hingewirkt werde. Zur Stellung unseres Antrages wurden wir damals durch die Ausführungs- verordnung veranlaßt, welche der Bundesrat zum Gesetzes- erlaß und die mit diesen Bestimmungen nach unserer Auf- fassung in handgreiflichem Widerspruch stand. Wenn wir heute den Antrag als einen selbstständigen wieder einbringen, so beweisen wir damit, daß wir ihm an sich einen erheblichen Werth beilegen. Und nun bleibt auch bei dieser Beratung des Antrags der Bundesratstisch leer! Gibt uns das nicht einen Anlaß, in künftigen Fällen derartige Dinge bei einer Gelegenheit zur Sprache zu bringen, wo uns die Herren vom Bundesrat nicht entziehen können, wo sie zur Stelle sein müssen, ihre Angelegenheiten zu verteidigen? Werden wir in dieser Weise nicht geradezu davon abgescremt, derartige An- träge da einzubringen, wohin sie nach Ansicht der Regierung gehören? Werden wir durch solches Verhalten des Bundes- rats nicht gerade zu einer Taktik gezwungen, die man dann als eine unangenehme belächelt? Der Zweck unseres Antrages ist außerordentlich klar und einfach: wir wollen Rechtsweg haben für denjenigen Privatmann, der durch rechtswidrige Maßnahmen der Behörde in seinem Rechte gekränkt wird. Gegen unseren Antrag sind nun im vorigen Jahre nur die drei von uns als sachlich nicht anzuerkennenden Gründe geltend gemacht worden, daß es sich einmal um eine Verschlebung der Gewalten in Betreff der Zollverwaltung innerhalb des Reichs handle, daß die beantragte Neuerung unerhört und den herrschenden Rechtsgrundsätzen nicht entsprechend sei, und daß endlich die Zollfragen so deklarer Natur seien, daß man ihre Behandlung nicht in die Hände des Rich- ters legen könne. Nun ist aber von einer Verschlebung der Gewalten nicht entfernt die Rede. Nach Art. 7 der Reichsver- fassung hat der Bundesrat die Aufgabe, die Ausführungsver- ordnungen zu den Gesetzen zu erlassen, und es könnte daraus allerdings geschlossen werden, daß man den Bundesrat nicht den Gerichten unterstellen dürfe. Aber dieses Recht des Bun- desrats ist keineswegs eine Prerogative desselben; dieses Recht besteht nur, soweit nicht anderweitige gesetzliche Bestimmungen in dieser Beziehung erlassen werden. Man kann dasselbe Recht dem Reichstage, dem Reichskanzler, irgend einer dem letzteren untergeordneten Behörde, oder einer oder mehreren Einzel- regierungen übertragen, und in keinem dieser Fälle kann sich der Bundesrat über einen Eingriff in seine Hoheitsrechte be- klagen. Vor 15 Jahren noch hätte man die Hände über dem Kopf darüber zusammenschlagen, daß ein Richter darüber Recht sprechen sollte, ob ein Zollbeidirektor mit Recht einem Kutscher die Konzeption entzogen habe. Sie haben sich also in alle wirtschaftlichen und prak- tischen, technischen Verhältnisse eingelebt und werden auch lernen, den Zolltarif zu verstehen. Natürlich wollen wir den Richter damit nicht zum Zollbeamten machen über das Angemessene oder Unangemessene der Rubrizierung der zoll- pflichtigen Objekte im Waarenverzeichnis. Es könnte ja im ersten Augenblicke überraschen, wenn man erfährt, daß man von den falschen Bahnen, die der Bahnarzt verwendet, die natürlichen als Baubolz, die künstlichen aus Mineralien hergestellten, aber als Weisheit rubriziert hat. (Große Heiterkeit.) Solche Fragen soll der Richter nicht entscheiden, aber hat eine Zollbehörde etwas entschieden Rechtswidriges bezuglich, dann soll diese Rechtswidrigkeit und die Nothwendigkeit ihrer Korrektur vom Richter konstatiert werden können. Zur Amendierung des An- trags sind wir gern bereit; vereinigt sich die Majorität auf die Einsetzung der Verwaltungsjurisdiktion als oberste richterliche Behörde, so werden wir zustimmen, ebenso wenn man beschließt, daß nur die Verlegung einer klaren Rechtsnorm der richterlichen Kognition unterliegen soll. Ich bitte, den Antrag der eben für den vorher behandelten Gegenstand beschlossenen Kommission zu überweisen. (Beifall links.)

Abg. Kintelen (Zentrum): Ich kann dem Herrn Vor- redner nicht zustimmen. So weit geht es denn doch nicht, wie er meint, daß der Richter sich in Alles hineinmischen berufen sein soll. Es kann von ihm nicht verlangt werden, daß er rein technische Fragen entscheiden soll. Wo es sich um Fragen handelt, bezüglich deren der Richter gar keine Gelegenheit haben kann, sich zu informieren, da ist es ihm auch nicht zuzumuthen, zu entscheiden. In ganz Deutschland, mit Ausnahme von Preußen, hat über Rechts- fragen das Gericht zu entscheiden; ob Jemand verpflichtet ist, die Abgabe zu leisten, ob das Gesetz Anwendung zu finden hat auf einen bestimmten Fall und ob nicht zu viel von ihm erhoben ist. In Preußen entscheidet nur die Verwaltungs- behörde, selbst in Rechtsfragen, welche mit den Zöllen und Steuern an sich nichts zu thun haben, sobald sie nur irgend- wie damit in Zusammenhang gebracht sind. Ich behalte mir vor, der Kommission und dem Plenum bei der zweiten Besung Vorschläge zu unterbreiten, welche die Sache in dem Sinne regeln, wie es im vorigen Jahre unter Zustimmung des Bundesrats b. im Reichsstaatsgesetz geschehen ist. (Beifall.)

Abg. Klemm (konf.): auf der Journalkonferenz habe ich sehr schwer verständlich erklärt, daß sowohl gegen den Antrag Ausfeld als auch gegen die Anschauungen des Abgeordneten Kintelen. Soweit es sich um Privat- streitigkeiten in Zollsachen handle, entscheide schon jetzt das Zivilgericht. In dieser Beziehung sei also der Antrag überflüssig. Was aber die anderen technischen Streitfälle betreffe, so könne man dem Richter darüber kein Urtheil zumuthen. Er möchte überhaupt davor warnen, einzelne Fälle, die zu Be- schwerden Anlaß gegeben hätten, zum Ausgang einer gesetzlichen Maßregel zu nehmen.

Abg. Strudmann (nat.-lib.): Die uns in dieser An- gelegenheit vorliegenden Petitionen konstatieren zwei Schäden. Einmal, daß es uns an einer Rechtsbeistand auf diesem Gebiete fehlt. Jetzt sind die Landesverwaltungsbehörden mit der Ent- scheidung von Zollstreitigkeiten betraut. In Sachen von beson- deren Relevanz steht der Beschwerdeweg an den Bundesrat

offen. Aber einen regelmäßigen Instanzenweg an den Bundes- rat giebt es nicht. Auch beschränkt sich der Bundesrat dar- auf, Direktiven zu geben, und die Folge ist, daß in einer ganzen Reihe von Fällen dieselben Zollfragen in der verschiedensten Weise beurtheilt werden, zu großer Unsicherheit für den Be- zücker. Der Gedanke ist nahe, die Gerichtshöfe, wie mit den Stempelsachen, so auch mit den Zollstreitigkeiten zu besetzen. Dagegen spricht einmal das Bedenken, daß wir die Gerichte in unnötiger Weise belasten, sodann der Umstand, daß die freitigen Fragen auf dem Verwaltungsgebiete spielen. Da empfiehlt es sich vielleicht, die Angelegenheit an die Verwal- tungsgerichte zu verweisen. Mit der Uebertragung der Zoll- streitigkeiten auf diese Kammer würde ein großer Theil der Be- denken gegen das richterliche Verfahren verschwinden.

Abg. Lenzen (Dem.): Ich glaube, daß der Bun- desrat sich nur deshalb von dieser Verhandlung fernhält, weil er im Gefühl seiner Ohnmacht die Gründe nicht zu widerlegen wußte, welche Kollege Meyer hier gegen die Betordnung des Bundesrats vorgebracht hat. Sollte er aus anderen Gründen ferngeblieben sein, so würde ich das vor dem ganzen Lande für eine unqualifizierbare Rücksichtslosigkeit erklären. Wenn man gegen unseren Antrag eingewendet hat, die Gerichte würden nicht im Stande sein, solche technischen Dinge zu beurtheilen, so übersteht man, daß jetzt schon der ordentliche Richter in sehr vielen Fällen einen technischen Beirath zuziehen muß, z. B. bezüglich des Aufbaus und Markenschutzes. Derartige Organe werden sich auch für die Behandlung von Zollsachen schaffen lassen. Der technisch schlecht berathene Richter könnte sich einfach an die Zollbehörde wenden, um sachver- ständige Auskunft zu erlangen. Häufig reicht auch die technische Kenntniss des gewöhnlichen Juristen ebenso aus, wie die technische Kenntniss des Zollbeamten. Die Sache der Deputation für das Heimathwesen oder einem anderen Institut zu übertragen, wie Herr Strudmann will, halte ich nicht für rathsam, sie gehört vielmehr vor den ordentlichen Richter.

Der Antrag Ausfeld wird hierauf derselben Kommission überwiesen, welche für den vorhergehenden Antrag, betr. die Vergütung der Petroleumsteuern, beschloffen ist. Hierauf vertagt sich das Haus. Präsident v. Wedell (Biedorf): Es wurde gestern gewünscht, die Anträge, betreffend die Ausweisungen, morgen auf die Tagesordnung zu setzen. Ich glaube indessen meiner- seits nicht in der Lage zu sein, diesem Wunsche zu entsprechen, weil die Anträge wegen der Zeit ihrer Einbringung noch nicht an der Reihe sind. Ich schlage Ihnen deshalb vor, morgen um 1 Uhr die zweite Beratung des Post-Etats vorzunehmen.

Abg. v. Jagdewski (Pole) beantragt, die Besprechung der seiner Zeit von ihm gestellten Interpellation und sämt- liche dieselbe Materie betreffenden Anträge auf die morgende Tagesordnung zu setzen. Abg. v. Heildorff (konf.) bittet dagegen, es bei dem Vorschlage des Präsidenten bewenden zu lassen. Es sei eben die Stelle eröffnet worden, welche zur Erledigung der Ange- legenheit berufen sei. Es sei deshalb nicht geboten, den Gegen- stand früher zu behandeln, als es nach der natürlichen Reihen- folge der Anträge angezeigt erscheint.

Abg. Windhorst (Zentrum) erklärt sich für den Antrag Jagdewski. Wir haben Alle die Empfindung gehabt, daß das Haus den Wunsch hat, die Angelegenheit endlich zu beseitigen. (Abg. Richter: Endlich!) Ein „endlich“ heute hat eine andere Bedeutung, als ein „endlich“ gestern. (Heiterkeit.) Auch die Geschäftsordnung steht dem Antrage zur Seite, denn es handelt sich um die Besprechung einer Interpellation, welche der Ge- schäftsordnung nach den Vorrang hat, und die Behandlung der übrigen Anträge nach sich zieht. Ich zweifle nicht, daß die Sache auch an der eröffneten Stelle besprochen werden wird, aber diese Stelle ist eben nicht der Reichstag. Dieser hat sich seiner ganzen Stellung nach früher zu äußern, als das Abge- ordnetenhaus, welches auf das, was hier geschieht, Rück- sicht nehmen wird und muß.

Abg. Marquardsen (nat.-lib.): Meine politischen Freunde halten es für sachgemäß, daß zunächst eine Verhand- lung im preussischen Abgeordnetenhause vorhergeht (hört! hört! links), wo auch der Reichskanzler als preussischer Minister- präsident Rede zu stehen sich verpflichtet hat. Sobald dies ge- schehen sein wird, werden meine politischen Freunde dem Wunsche des Herrn Abg. Jagdewski gern nachkommen. (Weiter- leit links.)

Abg. Richter (deutsch-freif.): Es kommt doch nicht in erster Reihe darauf an, ob es dem Reichskanzler beliebt, zu erscheinen und zu sprechen, sondern darauf, daß der Reichstag selbst dasjenige ausspricht, was er für richtig hält. Wir meinen, daß an dieser Besprechung auch die nichtpreussischen Volks- vertreter ein Interesse haben mitzuwirken, weil wir in dieser Frage nicht die partikularistische Auffassung haben, wie die Herren „National“ liberalen (Heiterkeit), sondern glauben, daß die Ausweisungfrage in erster Reihe eine deutsche Frage ist.

Abg. Marquardsen: Von einem partikularistischen Standpunkte ist hier gar keine Rede. Wir glauben nur, daß die Untersuchung der einzelnen Fälle zunächst im preussischen Abgeordnetenhaus stattfinden muß.

Abg. Richter: Es handelt sich doch nicht um die Untersuchung einzelner Fälle. Wir sind garnicht in der Lage, zu entscheiden, ob die eine oder andere Ausweisung mehr oder weniger gerecht ist. Bringen Sie doch nicht die Sache auf diesen kleinen bürokratischen Standpunkt; es handelt sich darum, das ganze System von Ausweisungen politisch zu betrachten, und wenn Herr Marquardsen der Ausdruck „parti- kularistischer Standpunkt“ nicht gefüllt, so sage ich, Sie stellen sich auf den Rangler-Standpunkt, gleichgiltig, ob er mit dem nationalen Standpunkt übereinstimmt oder nicht. (Oh! bei den Nationalliberalen.)

Der Antrag Jagdewski wird hierauf mit den Stimmen der Deutschfreisinnigen, des Zentrums, der Polen, der Sozial- demokraten und der Volkspartei angenommen.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Be- sprechung der Interpellation über die Ausweisungen und sämtliche dazu gestellte Anträge.)

### Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung. Sitzung vom Donnerstag, den 14. Januar.

Der Stadtvorordneten-Vorsteher, Herr Büchtemann, eröffnet die Sitzung nach 6 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Die Abtheilungen haben sich konstituiert und die Wahl von 15 Mitgliedern für den Ausschuss, der Vorschläge zu machen hat in Bezug auf die Auswahl der Mitglieder ver- schiedener Ausschüsse u. — und von 15 Mitgliedern für den Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage, betreffend die Aus- wahl bez. im Staatsjahre 1886/87 neu- resp. umzufassenden Straßen und Plätze, vollzogen. Der Stadt. Die sich ist erkrankt, seine Vertretung übernimmt der Stadt. Hy- mann.

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden eine Anzahl unwesentlicher Vorlagen debattelos erledigt. Organisation der Markthallen und Stand- miethen-Tarif.

Stadt. Büchel beantragt die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Stadt. Prof. Veller mann erklärt sich mit Ausschuss- beratung einverstanden. Ein Provisorium der Zeitung sei nothwendig, da man noch nicht beurtheilen könne, welchen Lauf die Geschäfte nehmen werden. Bedenklich sei, daß der Direktor des städtischen Central-Biehofes, Herr Hausburg für die kom- missarische Verwaltung der Stelle eines Dirigenten der städti- schen Märkte in Aussicht genommen sei. Es sei nicht aus-

geschlossen, daß hierdurch die Leitung des städtischen Viehhofes beeinträchtigt werde. Auch die Entschädigung für die inter- mittirte Verwaltung — 300 Mark Diäten monatlich — etwas hoch; es ergebe sich als Gesamtsomme des Dienst- kommens für Herrn H. ca. 15 000 Mark; man werde nicht ge- zogen sein, das definitive Gehalt eben so hoch zu bemessen. Auch die vorgeschlagene Gewährung eines Rabatts an die Großverläufer werde zu einer Schädigung der Kleinverläufer führen und müsse deshalb beseitigt werden.

Stadt. Singer: Ich hätte geglaubt, daß von den Mitgliedern der Majorität der Versammlung, die seiner Zeit so warm und enthusiastisch für das Unternehmen eingetreten sind, nicht bloß einfache Ueberweisung an einen Ausschuss an- tragt werden, sondern daß die Generaldebatte von ihnen nicht nur nicht abgelehnt, sondern daß die Majorität, die wir haben unsere Bedenken offen ausgesprochen. Wenn auch ebenfalls an die lebhafteste Entwidlung des Viehhofes glauben und die gesundheitlichen Vortheile der Markthalle nicht verkennen, so sind wir doch weit entfernt von ge- nauen Illusionen, die man sich auf deren Seite von der Zukunft Unternehmens macht. Nachdem jedoch sich die Behörden ein- mal getraut haben, Markthallen zu erbauen und die Sache perfekt geworden ist, ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß das Unternehmen so sehr als möglich prosperire. Aus die- sem Gesichtspunkte betrachte ich die Vorlage des Magistrats. In Anbetracht, die Leitung vorläufig provisorisch führen zu lassen stimmt mit unserer überein. Definitive Abmachungen können nicht getroffen werden. Es will mir auch scheinen, habe die vorgeschlagene Besetzung der Dirigentenstelle zu Bedenken. Nicht, daß ich die Tüchtigkeit des Herrn H. in seinem jetzigen Amte bezweifle; ich hätte gewünscht, daß die Persönlichkeit gefunden worden wäre, die in ihrer bisherigen Thätigkeit im lebendigen Verkehr und im gewerblichen Ge- schäftsbetrieb hätte, die ein kaufmännisch geschulter Mann sein bloßer Verwaltungsbeamter wäre. Eine solche Person bietet Herr H. nicht. Andererseits kann seine provisorische Thätigkeit als Dirigent der Markthalle leicht seine bisherige amtliche lahmlegen. Es ist ja klar, daß er alle seine Kräfte an das neue Unternehmen wenden würde; die Verwaltung des Viehhofes ist aber eine so große und komplizierte, daß es gefährlicher Versuch ist, dem bisherigen Leiter ein neues Ge- schäft zu übertragen. Was die Normierung des Gehalts an- betrifft, so scheint sie mir mäßig zu sein. Die Verhältnisse werden nicht wesentlich mehr als jetzt für die Standmiethen zahlen haben. Beurtheilen wird sich das alles erst nach dem Material lassen, das in der Kommission vorzuliegen mag. Ungerechtfertigt und verwerflich aber ist es, den Großverläufern dem Großkapitale, durch Rabattgewährung entgegen zu kommen. Wenn die Markthallen ihren Zweck erfüllen sollen, müssen nicht allein viel Publikum, sondern auch viel Verläufer an- ziehen. Niemand wäre es gut, das Kontingent der Kleinverläufer Gunsten von Leuten zu beschneiden, die schon in Folge der großen Geldmittel einen übermächtigen Vorteil davon ziehen haben. Der Rabatt wäre eine Prämie für das Großkapital. Die Markthallen sind sowohl zum Schutze des Publikums als der Verkäufer vor den Unbilden der Witterung errichtet worden. Sie würden unnütz sein, wenn sie für Großhändler bestimmt wären, die sich auf dem offenen Markte bisher nicht haben leben lassen. Ich möchte also den Ausschuss bitten, wohl zu überlegen, ob die Rabattgewährung im Interesse der Entwicklung der Markthallen liegt. Sie machen den Markthallen ein großes Experiment; wenn Sie das Experiment nicht auf die feinste Wage der Gerechtigkeit ab- wägen, werden Sie das ganze Unternehmen mit einem Odium belegen, das schwer wieder zu beseitigen wäre.

Stadt. Mose s ersucht um schnelle Beerdigung des Auschusses.

Ein Antrag auf Schluß der Tagesordnung wird angenommen. Die Vorlage wird einem Ausschusse von 15 Mitgliedern überwiesen. Die übrigen Vorlagen, die debattelos erledigt werden, beehren des allgemeinen Interesses. Schluß 7 Uhr.

### Lokales.

Angesichts der zahlreichen Unfälle auf dem Eisen- bahnen von verschiedenen Seiten die Frage aufgeworfen worden, um die städtische Verwaltung, die doch öffentliche Spiel- platz für die Jugend bereit stellt und Volksbadeanstalten unter- hält, der ärmeren Bevölkerung das Schuttschulhaufen nicht unentgeltlich oder für einen geringen Betrag ermöglicht, zweifelhaft sind doch jene Unfälle zum großen Theil entstanden, daß die auf den gefährlichen Hüfstellungen schulaulaufenden nicht die Mittel hatten, die polizeilich kon- trollierten Bahnen zu besuchen, bei welchen sich der Eintritt von Jahr zu Jahr gesteigert hat und jetzt zwischen 15 und 50 Pfg. variirt. Bei der theuren Pacht und dem ungünstigen Risiko ist diese Beuerung ja nicht den Vätern zu verlegen; diese mögen in Jahren mit ungünstigen Eisverhältnissen oft genug noch Geld zulegen; wohl aber wäre es doch zu bedauern, daß der Magistrat auf den zahlreichen ihm gehörigen Flächen in und um Berlin Eisbahnen herstellte, auf welchen 5 Pfg., wie bei den Volksbadeanstalten, Eintrittsgeld zu- würde; unzweifelhaft würden sich diese Unternehmen auf diesem Preise noch rentiren, da der Nachtrag fortfällt, und Magistrat über Kräfte zur Reinhaltung der Bahnen geneigt ist. Statt dessen hat der Magistrat die Eisbahnen an Treptower See in den Anlagen und noch eine andere, Ueberschwemmung entstandene am Anle der Chaussee im Jahr ein verpackt und gewährt den Unternehmern gewiß einen namhaften Gewinn. Für einen ärmeren Vater — und deren soll es im Osten mehrere geben — wäre wahrlich eine Wohlthat, wenn er seinen 3 oder 4 Kindern statt 50 bis 80 Pfg. nur 20 Pfg. auf die Eisbahn mitnehmen braucht. Wenn aber die Stadt die ihr gehörigen mit Eis bedeckten Flächen nicht selbst als Eisbahnen pflügen will, so ist sie wenigstens frei, wie auf dem Lande den Bewohnern die Wasserflächen freistehen und auch von der Jugend gepflegt resp. geküßt werden; unberechtigt aber ist es, das städtische Eigenthum zu Ungunsten der ärmeren Bevölkerung zu ziehen.

Die Stellungsnoth ist groß. Für das Bureau der hiesigen Versicherungs-Gesellschaft wurde durch Annahme einer besigen Zeitung ein Konflikt gegen hundert Mark ge- lichen Gehalt gesucht. Als Bewerber für diesen Posten hat sich nicht weniger denn 136 Personen gemeldet, darunter in den verschiedensten Lebensstellungen. 65 geborenen Kaufmannsstände, 10 der Versicherungsbranche selbst, 14 arbeiteten in den Bureau von Rechtsanwälden, 3 entlassene resp. pensionirte Offiziere, 4 frühere Beamte, darunter ein Rechtsanwalt a. D. und ein früherer Polizeibeamter. Die übrigen gehörten diversen anderen Berufsständen an. Zwei Damen reichten sich dieser Menge von Bewerbern an.

Die Herren Gymnasiallehrer Dr. Evers und Dr. anwalt B. A. Hoffmann senden der „B.-Z.“ folgende Mittheilung: In Nr. 7 der „B.-Z.“ ist eine Mittheilung enthalten, überschrieben „Eine polizeilich aufgelöste Kom- mission“, welche sich auf den Kommerz der Konserwativen des 17. Reichstagswahlkreises bezieht. Derselbe enthält zum Theil Unwahrheit, daß der Kommerz durch einen überaus großen Polizei-Beamten aufgelöst worden sei. Wie theilen Ihnen mit, daß der betreffende Kommerz nach Beendigung des Theiles reglementlich geschlossen worden ist. Die Unter-

welch: der  
brav: der  
dieser b  
Altes  
Un-er  
der Dau  
den Inle  
Die „V  
wähnen,  
die Abfr  
Ein  
welches  
„Das  
Stenglin  
worden.  
drückte  
worden,  
lichen Be  
vor Ables  
Alha  
und Wief  
lungige  
viele J  
beweist  
Ha  
gesten  
verbotene  
Hausbuch  
Voll  
Frau in  
brach das  
gedruckt  
Am 1  
Rahn, als  
Wärterbu  
maschine  
einer Kop  
nach Bel  
fiel der  
14—16  
blieb, kop  
erhält das  
Rathschol  
selben B  
seinem  
in der  
ein dritte  
schlossen  
der Rang  
Ankoppel  
das laufe  
daß er m  
musste.

Die  
vor dem  
Königliche  
Wohnst  
sängnis  
stättgeb  
Spandau  
Arbeiter  
Kontrol  
Vortheil  
zahlung  
betreffend  
sache er  
„D. Dein  
worden.  
gerichts  
Einwand  
richtig f  
vorliege.  
Berufung  
ihre Beh  
dem gest  
beiterrinn  
erfahren  
Vertreter  
erfahren  
der erwä  
so bean  
Julius S  
zu era  
Versam  
ständer  
— Etw  
an dem  
nichts m  
Sozi  
„Di  
wort be  
überall  
die Str  
eine Han  
abgeord  
Handwer  
sowie die  
vornehm  
Als G  
unter ei  
ind u  
die man  
manche  
oft pers  
der Sch  
scheiden  
feien, d  
mann g  
breiter  
Rathsch  
des Han  
nung de  
seitig v  
Fachsch  
nicht ne  
Annunz  
18. Juli  
welche  
im geme  
mögen.  
der leite  
zu verme  
Berle  
freie  
würden;  
nahmen  
und wid  
nur die  
fassen, u  
führungs  
würdiges  
gegnen d

welche der betreffenden Versammlung in dem offiziellen Theile, bezw. der Fidejussoren, erklären hiermit, daß während dieser beiden Teile ein Lied, wie das von Ihnen in Nr. 7 Ihres Blattes erachtete, nicht gesungen worden ist. Die Un-erwartete würde eine derartige Ausdehnung während der Dauer ihres Besites nicht gebildet und hierin auch nur den Intentionen der Fest-Versammlung entsprechen haben. — Die „Volks-Ztg.“ bemerkt dazu: Die Herren vergessen zu erwähnen, daß das Gedicht vertheilt wurde und die Polizei die Abführung desselben verhinderte.

Ein dem modernen Leben entnommenes Zeitbild, welches in gewisser Hinsicht die soziale Frage berührt und sich „Das Volk der Armen“ betitelt, ist von dem Freiherrn von Stenglin dem hiesigen Ostendtheater zur Aufführung übergeben worden. Nachdem verschiedene zu schroffe und realistische Ausdrücke und Situationen in dem Stück gestrichen resp. verändert worden, um dasselbe zur Darstellung geeignet und der polizeilichen Censur passierbar erscheinen zu lassen, soll dasselbe noch vor Ablauf dieses Monats am Ostendtheater in Szene gehen.

Alhambra-Theater. Die Jacobson'sche Fosse „Friedel und Wiesel“ wird hier allabendlich aufgeführt. Dies überaus lustige Stück, welches sich auf dem Repertoire vieler Bühnen viele Jahre hindurch als Zug- und Kassenstück bewährt hat, bewirkt auch hier wieder seine Anziehungskraft.

Hausdurchsuchung. In dem Hause Brangellstr. 50 wurde gestern Morgen gegen 8 Uhr eine polizeiliche Hausdurchsuchung nach verbotenen sozialdemokratischen Schriften vorgenommen. Die Hausdurchsuchung blieb resultatlos.

Polizei-Bericht. Am 11. d. M. Vormittags fiel eine Frau in der Dickenstraße in Folge Ausgleitens zur Erde und brach das Bein, so daß sie nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht werden mußte.

Am 13. d. M. Vormittags wurde der Eisenbahnarbeiter Bahn, als er auf dem Güterbahnhof eben aus einer Wärrerbude heraustrat, von einer vorüberfahrenden Rangiermaschine erfaßt und so Boden geschleudert, wobei er außer einer Kopfwunde so schwere Rippenquetschungen erlitt, daß er nach Bethanien gebracht werden mußte. — Um dieselbe Zeit fiel der Arbeiter Altman, indem er im Hause Oberwallstraße 14—16 mit dem Spantstoffel auf einer Steintrappe hängen blieb, kopfüber herab, schlug dabei mit dem Gesicht auf und erlitt dadurch so bedeutende Verletzungen, daß er nach dem katholischen Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am demselben Vormittag wurde ein Mann in der Ackerstraße in seinem Holzstalle, ein anderer in seiner Wohnung in der Poststraße erhängt und einige Zeit später ein dritter in seiner Wohnung in der Frankfurterstraße erschossen vorgefunden. — Am demselben Tage Abends geriet der Rangierer Gnas auf dem Schleifischen Güter-Bahnhof beim Ankoppeln eines Wagens mit dem Fuß zwischen die Speichen des laufenden Rades und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er mittelst Tragfordes nach Bethanien gebracht werden mußte.

### Gerichts-Zeitung.

Die Berufung des Fräulein Wabnitz sollte gestern vor dem Forum der VI. Strafkammer (Berufungskammer) des königlichen Landgerichts Berlin I verhandelt werden. Fräulein Wabnitz wurde im Monat November v. J. zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilt, weil sie in einer im Monat Mai v. J. stattgehabten Arbeiterinnen-Versammlung in öffentlicher Rede behauptet haben sollte: Die Handlungsfirma O. Heim, Spandauerbrücke hieselbst, beschäftige neben ehrenwerthen Arbeiterinnen prostituirte Dirnen, um sie der sittenpolizeilichen Kontrolle zu entziehen; da den Prostituirten der erwähnte Vortheil gewährt werde, erhalten sie für ihre Arbeit keine Bezahlung. Fräulein Wabnitz bestritt, in jener Versammlung die betreffende Firma genannt zu haben, sie habe bloß die Thatsache erwähnt, bei dieser Gelegenheit sei ihr der Name „O. Heim“ aus der Mitte der Versammlung entgegengerufen worden. Der Vorsitzende des betreffenden Schöffengerichts bezeichnete in der Urtheilsmotivierung diesen Einwand als unerblich, da selbst wenn derselbe richtig sei, immerhin eine Anstiftung zur Beleidigung vorliege. — Fräulein Wabnitz legte gegen dieses Urtheil die Berufung ein und erbot sich, den Beweis der Wahrheit für ihre Behauptungen zu erbringen. Anlässlich dessen waren zu dem gestrigen Termin, außer mehreren Führerinnen der Arbeiterinnen-Bewegung, eine Anzahl Arbeiterinnen als Beuginnen erschienen. Als die Sache jedoch aufgerufen wurde, war der Vertreter der klagenden Firma, Rechtsanwalt Bahn, noch nicht erschienen. Es wurde noch einige Minuten gewartet; da aber der erwähnte Rechtsanwalt immer noch nicht erschienen war, so beantragte der Vertreter der Verklagten, Rechtsanwalt Julius Stadthagen: die Klage als zurückgenommen zu erachten und dem Kläger die Kosten des Verfahrens aufzulegen. Der Gerichtshof (Vorsitzender Landgerichts-Direktor Humbert) erkannte demgemäß: — Etwa zehn Minuten später erschien Rechtsanwalt Bahn; an dem Beschlusse des Gerichtshofes ist jedoch selbstverständlich nichts mehr zu ändern.

### Soziales und Arbeiterbewegung.

„Die Dummen werden nicht alle.“ Dies alte Sprichwort bewahrheitet sich so recht bei den Bestrebungen, die jetzt überall aufzulaufen, dem Handwerkerstande wieder auf die Stämme zu helfen. So fand in Gdrlitz vor Kurzem eine Handwerker-Versammlung statt, in welcher der Landtags-Abgeordnete v. Schendendorff über den Entwicklungsgang des Handwerks von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart sprach, sowie die Fragen erörterte: womit hat das Handwerk heute vornehmlich zu kämpfen, und wie kann ihm geholfen werden? Als Gegner des Handwerks bezeichnete der Redner unter eingehender Darlegung der Verhältnisse die Großindustrie, das Großgewerbe, die Konkurrenz, die mangelhafte Lehrlingszuzugung, das Borgsystem; und manche nachtheilige Eigenschaft, welche dem Handwerker oft persönlich anhaften. Aus dieser Darlegung ergab sich der Schluss, daß die einzelnen Handwerkszweige sehr verschieden durch diesen Kampf in Mitleidenschaft gezogen seien, daß der Handwerker jetzt vielfach Händler und Kaufmann geworden sei, und trotz alledem heute noch ein breiter Boden für das Kleinhandwerk vorhanden wäre. Hinsichtlich der Hilfsmittel empfahl Redner: eine Vertretung des Handwerks durch Gewerbelamannen, eine gesetzliche Trennung des voll ausgebildeten Handwerkers von dem nur einseitig vorgebildeten handwerklichen Arbeiter, Errichtung von Fachschulen und Lehrwerkstätten von Staatswegen mit thunlichst niedrigem Schulgelde; Pflege und weiteren Ausbau des Innungswesens auf Grundlage der Innungs-Novelle vom 18. Juli 1881, und endlich Benützung aller derjenigen Mittel, welche das Fachwissen und Können auch für den schon mitten im gewerblichen Leben stehenden Handwerker zu fördern vermögen. Aus der Darlegung der einzelnen Punkte ergab sich der leitende Gedanke, daß alle Maßnahmen nutzlos und daher zu verwerfen seien, welche den freien wirtschaftlichen Verkehr, der ein Weltverkehr geworden sei, oder welche die freie Verwendung der Arbeitskraft hindern würden; daß hingegen Alles, eventuell durch gesetzliche Maßnahmen zu unterstützen sei, was das Handwerk in sich zu kräftigen und widerstandsfähiger zu machen vermöchte. — Man braucht nur die von uns geseherten gedruckten Stellen ins Auge zu fassen, um den Widerspruch zu ersehen, der in obigen Ausführungen liegt, die von den anwesenden Handwerkern merkwürdigerweise zu den übrigen gemacht wurden. Der Hauptgegner des Handwerks, so der entscheidende Gegner des

selben ist der Großbetrieb, dieser Großbetrieb aber konnte nur entstehen durch den freien wirtschaftlichen Verkehr und die freie Verwendung der Arbeitskraft — folglich sind letztere, die von der Versammlung empfohlen wurden, doch auch Gegner des Handwerks! Nur ein bischen Logik! Da sind doch die extravagantesten Bänfler auf einer richtigeren Fährte; nur ist es unmöglich, das Rad des wirtschaftlichen Fortschritts wieder zurückzudrehen, so daß auch ihre Bestrebungen gegenstandslos sind. Aber sie sind doch wenigstens konsequent, während die Götter-Handwerker die Großindustrie verurtheilen und die Grundbedingungen derselben sich zu eigen machen. Jedoch, „die Dummen werden nicht alle.“

Aus Sachsen wird geschrieben: Vor einigen Tagen ging durch die Presse eine Notiz aus Meerane, in welcher die Noth unter dem dortigen Arbeiterstande in drastischer Weise geschildert wurde. Der dortige Beberverein hatte nämlich eine Kommission zur Untersuchung eingesetzt, die denn auch in Erfahrung brachte, daß in Meerane circa 150 Arbeiterfamilien sich befinden, die ihr sämmtliches Bettzeug haben verlieren müssen und nun auf Stroh und Lumpen schlafen. Das Meeraner „Tageblatt“, welches derartige Noth im ersten Eifer bestritt, giebt jetzt klein bei und sucht sich mit allerlei Redewendungen über den „eigentlichen Nothstand“ hinwegzusetzen. Dabei konstatiert das Blatt aber, daß unter der Meeraner Arbeiter-Bevölkerung vielfache Noth vorhanden sei. Doch meint das Blatt, daß unter den Weibern der preussischen Provinz Schlesien gleichfalls ein solcher „Nothstand“ herrsche. Das Gerücht ist allerdingens bezweifelnd. Bis jetzt glaubte man, daß die Lage der schlesischen Weber am Sulzgebirge und Riesengebirge einzig dastehende — in Gebieten und Berichten ist diese Lage immer als eine geradezu verwerfliche hingestellt worden. Wenn nun aber das „Tageblatt“ einer Mittelstadt in unserem Königreiche derartige Vergleiche macht, dann kann man ersehen, wie schlecht auch bei uns die Erwerbsverhältnisse sind, wie elend und jammervoll der Arbeiter sein Leben dahinschleppen muß.

Ueber die Arbeitsverhältnisse im Tischlerfach berichtet der Fachverein zu Gienburg folgendes: Der Fachverein der Tischler hier zählt jetzt 40 Mitglieder, während im Ganzen in unserem industriereichen Ort 142 männliche Berufsgenossen, 4 weibliche und 58 Lehrlinge Beschäftigung haben. Arbeitslos ist zur Zeit Keiner. Der wöchentliche Durchschnittslohn beträgt 12 Mark. Der Lohn steigt auf höchstens 18 M. und fällt in vielen Fällen sogar bis auf 10 M. pro Woche. Die übliche Arbeitszeit ist die 11 1/2 stündige, täglich, zu welcher 96 Genossen arbeiten, die kürzeste Wochenarbeitszeit ist 66 Stunden, die längste 78, 13 Stunden pro Tag. Mehr als der 6. Theil aller Arbeiter ist genöthigt, länger als die üblichen 11 1/2 Stunden zu schwanzen. Leider hat auch die Sonntagarbeit große Ausdehnung. Es arbeiten in der Regel 120 Gehilfen Sonntags bis zu 5 Stunden. Das Interesse für den Fachverein ist bei den hiesigen Berufsgenossen in erfreulichem Wachen.

### Vereine und Versammlungen.

Bg. Der Arbeiter-Bezirksverein „Anderjagt“, im fünften Reichstagswahlkreis, hielt am Dienstag im Restaurant Jacobs, Landbergerstr. 82, seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der erste Vorsitzende, Herr Robert Schulze, dem verstorbenen Hofbaurath Demmler einen Nachruf. Die Versammelten ehrten dessen Andenken durch Aufstehen von den Plätzen. Sodann zur Tagesordnung übergehend, erstattete der Vorsitzende Bericht über die Thätigkeit des Vereins im letzten Quartal. — Der Kassirer, Herr Emil Franke, gab einen ausführlichen Kassenbericht und schloß mit einem Bestand von 492 M.; dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. — In den Vorstand wurden gewählt die Herren Aug. Steindorf zum ersten Vorsitzenden, Behrendt II zum zweiten Vorsitzenden, zu Schriftführern Otto Wolf und Otto Bodenberg, zu Kassirern Emil Franke und Arnerding, zum Beisitzer Jakob, zu Revisoren Rudolf Krüger, Gensch, Fritsch. — Für die streulenden Handshuhmacher wurde eine Teilerfassung veranstaltet. — Der Verein unternimmt am Sonntag, den 17. Januar, eine Partie nach Marienfelde zur Beschäftigung der Dr. Peters'schen Entwässerungsstation. Die Mitglieder versammeln sich am betreffenden Tage um 9 Uhr Vormittags vor dem Willesthaler des Potsdamer Bahnhofes; der Zug nach Tempelhof fährt 9:30 Uhr von dort ab. — Ebenso findet am Sonntag, den 24. Januar, bei Jacoby, Landbergerstr. 82, ein gemüthliches Beisammeln der Mitglieder mit Familie statt. — Man bittet um recht rege Betheiligung am beiden Tagen. — Nächste Versammlung Dienstag, den 26. Januar cr., in demselben Lokale.

Der Fachverein der Berliner Studateure hielt am Montag, den 11. d. Mts., in Meißel's Salon eine öffentliche Versammlung ab. Der Referent, Herr Weindorf, sprach seine Freude darüber aus, daß die Kollegen so zahlreich erschienen sind, ging zur Erörterung der Bedeutung einer Lohnfrage über, erwähnte die Thätigkeit im nächsten Jahre und die Schmutzkonturrenz in dem Gewerbe. Er erwähnte die Anwesenden, die Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, da die Studateure es ihrem Berufe schuldig sind, denselben zu heben. Der Präses der Lohnkommission verlas den Tarif, hob die Wichtigkeit desselben hervor und ersuchte die Versammlung, fest an der Durchführung desselben sich zu betheiligen. Inzwischen ging folgende Resolution ein: „Die heutige Versammlung erkennt den von der Lohnkommission ausgearbeiteten Lohnarif und die darin enthaltenen Lohnforderungen als gerechte Forderung an und verpflichtet sich, für dieselben voll und ganz einzutreten.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Ebenso der Antrag, der Kommission ihrer schwierigen Aufgabe zu entheben und eine neue zu wählen. Zu „Verschiedenes“ wurde beschlossen, sofort einen Fonds zu gründen, um einer eventuellen Nachregelung vorzubeugen. Nach 1 1/2 Uhr schloß der Vorsitzende Herr Weindorf die Versammlung. Am Montag, den 18. d. Mts., findet eine Vereinsversammlung in Meißel's Salon, Kommandantenstr. 71, statt.

Die Drechsler und verwandten Berufsgenossen waren am 13. d. Mts. in den Gralweil'schen Sälen versammelt, um über die Wiederaufnahme der Lohnbewegung in diesem Jahre zu berathen resp. Beschluß zu fassen. Die vorjährige Lohnbewegung, welche am 10. Dezember ihren offiziellen Abschluß fand, war, wie der Vorsitzende, Herr Sündermann, mittheilte, zwar eine erfolgreiche, jedoch nicht völlig durchgreifende. Die Hauptpunkte der vorjährigen Lohnbewegung waren: 18 M. Wochenlohn, 10 Stunden tägliche Arbeitszeit und Sonntagsruhe. Diese Forderungen wurden in 94 Werkstätten mit 400 Gesellen bewilligt und zwar nur in größeren Werkstätten, während sich die kleinen gar nicht an der Bewegung betheiligt hätten. Die Ertragsverhältnisse der vorjährigen Lohnbewegung seien aber zum größten Theile bereits wieder illusorisch geworden, weshalb die Lohnkommission der Ansicht sei, daß in diesem Jahre wiederum in die Lohnbewegung eingetreten werden müsse, da der Fachverein nur einen kleinen Theil der Berufsgenossen umfasse, von dieser Seite also nichts zu erwarten sei. Für die diesjährige Lohnbewegung hätte das vorjährige Programm Geltung, doch wäre die Frage zu entscheiden, in welcher Form die Lohnbewegung zum Ausdruck kommen solle: ob in Form von partiellen Streiks, eines Generalstreiks oder in Form von Werkstättensperren, sowie ob auf Grund von prozentualen Lohnzuschlägen oder auf Grund von Lohnarifen? Die Versammlung entschied sich für Aufnahme der Lohnbewegung in diesem Jahre, ließ jedoch die übrigen Fragen noch unentschieden und genehmigte die Quittungsmarken zum Einsammeln der freiwilligen Beiträge zum Generalfonds.

Der Fachverein der Rohrleger hielt am Sonntag, den 10. d. M., in dem Lokale von Wolf und Krüger, Staliger-

straße 126, eine Versammlung ab. Nach erfolgter Wiederwahl des bisherigen zweiten Vorsitzenden Herrn Redner, sprach der erste Vorsitzende über die Organisation des Fachvereins, indem er unter Anderem darauf hinwies, daß es notwendig sei, daß sich die Kollegen schon jetzt auf die nächste Bauperiode vorbereiten. Die zahlreich besuchte Versammlung erklärte sich, nachdem mehrere Redner im Sinne des Vorsitzenden gesprochen, ebenfalls mit dessen Ausführungen einverstanden und nahm folgende Resolution einstimmig an: Die heutige Versammlung beschließt, mit allen ihr gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, die Lage der Rohrleger zu verbessern und beauftragt den Vorstand, sobald wie möglich eine öffentliche Versammlung einzuberufen und einen Referenten einzuladen, welcher in derselben die heutige Lage der Rohrleger klar legt und über die Lohnverhältnisse referirt.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der deutschen Wagenbauer. (C. S. Nr. 8 zu Hamburg.) Für die Mitglieder der ehemaligen Verwaltungsstelle 23 Berlin und Umgegend findet am Sonntag, den 17. Januar, Vormittags 10 Uhr, in den unteren Sälen der Gralweil'schen Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79, die letzte gemeinsame Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Kassenbericht über das 4. Quartal 1885. 2. Innere Kassenangelegenheiten. Da diese Versammlung wegen der am 1. Januar in Kraft getretenen Theilung unserer Zahlstelle in 8 selbstständige Bezirke die letzte gemeinsame ist, so ist es dringend notwendig, zahlreich zu erscheinen. Die Adressen der Bevollmächtigten und Kassirer sind folgende: Bezirk I: Bevollm. Gustav Tempel, Mühlendammstraße 22 v. 3 Tr.; Kassirer Gust. Seebach, Memelerstraße 34. Bez. II: Bevollm. Dietrich Teubler, Dorotheenstr. 25, Hof 2 Tr.; Kassirer Herrmann Wulf, Schlegelstr. 14, v. 1 Tr. Bez. III: Bevollm. Ebrgott Kuhl, Schulstr. 25. Kassirer Karl Britsch, Gerichstr. 63, Hof 2 Tr. Bez. IV: Bevollm. Otto Matthes, Rottbuserstr. 10a, 5 pr.; Kassirer Aug. Dams, Staligerstr. 69. Bez. V: Bevollm. Aug. Köhle, Moenslebenstraße 16, v. 3 Tr.; Kassirer Heinrich Hoffmann, Blumenthalstraße 5, v. 4 Tr. Bez. VI: Bevollm. Hans Schartow, Schwedterstr. 5, 2. Hof pr.; Kassirer Herrmann Ribbert, Schwedterstr. 255, v. 4 Tr. Bez. VII: Bevollm. Herrmann Spring, Kommandantenstr. 11, Hof 2 Tr.; Kassirer Karl Wienbrack, Mariendorferstr. 16. In Friedrichsberg: Bevollm. Aug. Genschel, Straße 32, Löwliches Haus; Kassirer Friedr. Redel, ebendasselbst.

Der freien Vereinigung der Bedenjurichter und Rohrleger Berlins, welche erst seit 3 Monaten besteht, ist die Aufgabe geworden, für ihre Mitglieder schon eintreten zu müssen. Die Kasse der Fabrik von N. Seegall, Jüdenstr. 87, hat die jetzige schlechte Geschäftslage bemerkt, um ganz bedeutende Lohnabsätze zu machen. Obwohl die Arbeiter wissen, daß Arbeit jetzt schwer zu finden ist, sind dieselben nach richtiger Ueberzeugung zu der Ueberzeugung gelangt, daß es unmöglich ist, für den ihnen gebotenen Preis weiter zu arbeiten und haben sämmtlich die Arbeit niedergelegt, da bei den gemachten Absätzen sie nicht im Stande sind, sich und ihre Familie ernähren zu können. Da der Verein noch zu jung ist, um voll und ganz den gerechten Forderungen der Kollegen nachzukommen, bitten Unterzeichnete alle Berufsgenossen, den Streitenden mit ganzer Kraft zur Seite zu stehen. Wir hoffen, daß uns auch andere Gewerke ebenso opferfreudig zur Seite stehen werden, und sind überzeugt, daß wir nicht umsonst an das Rechtsgefühl anderer Handwerkskollegen appellirt haben. Die Arbeiter der Seegall'schen Fabrik. Zahlstellen befinden sich Behdenstraße 30 bei Mendel und Müngstr. 23 bei Busse.

Fachverein der Tischler. Dienstag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordans Salon, Neue Grünstraße 28, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht pro viertes Quartal 1885. 2. Bericht des Bibliothekars, des Schriftführers, der Bevollmächtigten und Arbeitsvermittler. 3. Angelegenheit Lindemann-Schmidt. 4. Antrag der Arbeitsvermittler. 5. Ertragwahl des Vorstandes, der Arbeitsvermittlungs-Kommission, des Vergütungs-Komitees und der Fachkommission. 6. Antrag Bogt. 7. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Zahlstellen des Vereins befinden sich Blumenstraße 56 (Tischlerberge); Belle-Alliance-Platz 6 bei Hülscher; Staligerstraße 18 bei Stramm und Stoschirchplatz 11 bei Hohn. Dasselbst werden jeden Sonnabend Abend von 8 1/2 bis 10 Uhr Beiträge zur Vereinskasse entgegengenommen und neue Mitglieder aufgenommen.

Die Glace-Handschuhmacher Berlins halten am Sonntag, den 17. d. M., im Saale des „Unioerium“, Brunnenstraße 29, eine Versammlung ab, zu der alle Kollegen bei der Wichtigkeit der Tagesordnung, die Lohnfrage betreffend, dringend eingeladen werden.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse für Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts (eigentlichene Hilfskasse Dresden), örtliche Verwaltungsstelle Berlin Süd-Ost. Die neuen Statuten werden gegen Rückgabe der alten in folgenden Zahlstellen ausgegeben: Kaufyerstr. 52, Adalberstr. 74 und Brangellstr. 95, bei Lewin.

Verein der Maschinisten und Heizer Berlins. Sonntag, den 17. d. M., Nachmittags 5 Uhr, Neue Jakobstr. 24/25, Vortrag des Zivil-Ingenieurs Herrn Hambruch über seinen neuen patentirten Hochdruck-Heizer-Schmelzapparat unter Vorzeigung verschiedener in Thätigkeit befindlicher Apparate. Außerdem findet die Besprechung über die Neuregelung des Fachorgans statt. Gäste sind willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter. (C. S. Nr. 29, Hamburg) Filiale 4. Sonnabend, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung, Andrasstr. 26. Tagesordnung: Kassenbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimirt.

Öffentliche Generalversammlung der Schlosser und Berufsgenossen Berlins und Umgegend Sonntag, den 17. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, in der „Victoria-Brauerei“, Pöppelstraße 112. Tagesordnung: 1. Vortrag über die diesjährige Bewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch notwendig.

Kranken- und Begräbnisfasse des Vereins sämmtlicher Berufsklassen. Berlin IV. (C. S.) Morgen, Sonnabend, Abends 8 1/2 Uhr, bei Kaufmann, Karlbad, und Klotzweil'schen-Gade, Versammlung. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die Kasse bietet Arbeitern beiderlei Geschlechts Gelegenheit, einer gut fundirten Krankenkasse beizutreten, welche dem § 7 des Kranken-Versicherungsgesetzes genügt und ihren Mitgliederfonds doppelt aufzuweisen hat. Mitglieder werden in jeder Versammlung aufgenommen. Gäste willkommen. (Siehe Inserat.)

Große öffentliche Versammlung sämmtlicher Metallarbeiter, als Schloffer, Maschinenbauer, Dreher, Gütler, Klempner, Formner, Schleifer, Drücker, Gießer, Gobler, Stöcker, Schmiede, Schmittarbeiter, sowie sämmtlicher Hilfsarbeiter, Sonntag, den 17. Januar 1886, Vormittags 10 1/2 Uhr, im großen Saale von „Sausouci“, Rottbuserstr. 4a. Tagesordnung: 1. Zweck und Ziele der Gewerkschaft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter (C. S. 29 Hamburg) Berlin, Filiale 1. Sonnabend, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Rothacker, Teltowerstraße 3 (in der Glassalle). Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt. Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen. Die Zahlstellen bleiben an diesem Abende geschlossen.

Berichtigung. In dem in unserer gestrigen Nummer enthaltenen Bericht über die Versammlung des Vereins zur Abwehr der Interessen der Tapezire muß es in Zeile 13 statt 2 M. 30 Pf. heißen 3 M. 30 Pf.

# Theater.

**Donnerstag, den 15. Januar.**  
**Opernhaus.** Siegfried. Musikdrama in 3 Akten von Richard Wagner.  
**Schauspielhaus.** Das Gefängnis. Vorher: Schötes Gold wird klar im Feuer. Ein Sprichwort von Emanuel Geibel.  
**Deutsches Theater.** Räubchen von Heilbronn.  
**Residenz-Theater.** Clara Soleil. Vorher: Die Schulkreierin.  
**Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.** Rafaela, Operette in 3 Akten von Max Wolf.  
**Walhalla-Operetten-Theater.** Ramsell Angot.  
**Wallner-Theater.** Frau Direktor Striese.  
**Velle-Alliance-Theater.** Lucinde vom Theater.  
**Central-Theater.** Der Stabs-Trompeter.  
**Boulevard-Theater.** Joseph in Ägypten.  
**Bistoria-Theater.** Messalina.  
**Ostend-Theater.** Einmalige Aufführung von: Deborah.  
**Königsstädtisches Theater.** Die Marionetten des Teufels.  
**American-Theater.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variete.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Konfordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

## Alhambra-Theater.

Ballnertheaterstraße 15.  
**Triefel und Wiesel,**  
 Voffe mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern) von Ed. Jakobson. Musik von G. Lehnhardt.  
 Vor der Vorstellung:  
**Gr. Konzert der Hauskapelle.**  
 Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
 Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
 Bonn haben Wochentags Willigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 u. Morg. bis 10 u. Ab.  
**Kaiser-Panorama.**  
 Eine interessante Rheinreise. Amerika, Kalifornien, Nord. Nur noch diese Woche: Weihnachts-Ausstellung: Das Leben Jesu. Jerusalem, Bethlehem &c. Eine Reise 2 Pf., Kinder nur 10 Pf. Abonnem.

## Frage.

Sagen Sie bloß, Frau Nachbarin, w. mit haben Sie denn immer so leicht Ihre Wäsche rein, weiß und sauber? 413

## Antwort.

Seitdem ich Seifenpulver der Rheinischen Sodafabrik gebrauche, dasseibe ist billig und gut, kostet 20 Pf. pro Paket.

## Sophas und Matratzen,

sowie Polsterwaren werden gut und aufs Billigste hergestellt. 411  
 G. Brämer, Lindenstraße 107.

## Zentralranken- u. Begräbnis-Kasse der Buchbinder (G. H.).

Sonnabend, den 16. Januar, Abends 8 Uhr,  
**Haupt-Versammlung**  
 in den Arminshallen, Kommandantenstraße 20.  
**Tages-Ordnung:**  
 Neuwahl des Gesamtvorstandes. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung halber dürfte kein Mitglied in dieser Versammlung fehlen. 430 Der Vorstand.

## General-Versammlung der Ortskrankenkasse des Goldschmiede-Gewerbes.

Montag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr, findet eine **Generalversammlung der Delegierten**, welche am 13. April 1885 gewählt, in Nieß's Salon, Kommandantenstraße 71/72, zur Wahl des Vorstandes gemäß § 48 des Statuts statt. Der Vorstand. J. A. v. Behrend, Raunynstraße 66. 434

**Franken- u. Begräbniskasse des Vereins sämtl. Berufsclassen.** Berlin IV. G. S. Versammlung Sonnabend, den 16. Jan., Abds. 8 1/2 Uhr bei Ausf. Karlsbad- u. Flottwellstr.-Eck. T. D.: Neuwahl des Vorstandes. Aufnahme neuer Mitglieder. 423 Der Vorstand.

## Wichtig für Hausfrauen, Waschanstalten &c.

### Seifenpulver

der rheinischen Soda-Fabrik von F. E. Lelsel, Mühlheim am Rhein.  
 Anerkannt bestes und billigstes Wasch- und Reinigungsmittel, macht die Wäsche blendend weiß, enthält keine derselben schädlichen Bestandtheile, erspart viel Zeit und Arbeit. Eignet sich auch sehr zum Reinigen von Fußböden, Fenstern, Metallen &c.  
 1/2 Pfd. des Pulvers ersetzt 2 Pfd. Seife. Probepackete 20 Pf. Aufträge von 10 Pfd. an frei in's Haus.  
 Respekt. Seifen-, Drogen- und Kolonialwaren-Handlungen als Debiture werden gesucht.

## Hugo Jacobsohn & Co.,

General-Debiture,  
 Berlin S., Dresdener-Strasse 106.

Attest. Auf Verlangen des Herrn Hugo Jacobsohn bescheinige ich demselben hiermit, daß in meiner Anstalt nur Seifenpulver der rheinischen Sodafabrik in Gebrauch kommt und dieselbe sich vorzüglich bewährt.  
 Frau Falberg.

# Tischler-Verein.

Sonnabend, den 16. Januar,  
**General-Versammlung**  
 im Lokale „Jansouci“, Rottbuserstr. 4a.  
**Tages-Ordnung:**  
 Kassen- und Revisionsbericht. Wahl dreier Revisoren u. Billetoverkauf zu dem am 6. Febr. stattfindenden Wiener Mastenball.  
 433 Der Vorstand.

**Gr. Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Former und verwandten Berufsgenossen zu Berlin**  
 am Sonntag, den 17. d. M., Vorm. 10 Uhr, in **Yettin's Salon**, Brunnenstraße 34.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Wahl zweier Schriftführer. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste sind willkommen.  
 429 Der Vorstand.

## General-Versammlung

der Mitglieder  
 des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter  
 am Sonnabend, den 16. Januar, in **Gratweil's Bierhallen**, Kommandantenstraße 77-79 (untere Säle).  
**Tagesordnung:**  
 1. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresabrechnung vom verfloffenen Jahr. 2. Rückblicke auf die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahr. Referent: Herr Jubell. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Sämtliche residirende Mitglieder werden aufgefordert, ihre Beiträge schleunigst zu entrichten, widrigenfalls sie aus der Mitgliederliste gestrichen werden. — Quittungsbuch legitimirt. Gäste, welche gewillt sind, dem Verein beizutreten, willkommen.  
 425 Der Vorstand.

### Außerordentliche

**General-Versammlung der Zimmerleute d. Nordens und dessen Umgegend**  
 am Sonntag, den 17. Januar, Vormittags pünktl. 10 Uhr, im Lokale des Herrn Auebel, Badstraße 58 (Gefundbrunnen).  
**Tagesordnung:** 1. Wie verhalten sich die Zimmerleute des Nordens und der Umgegend zu den Beschlüssen der Zimmerleute insgesammt. 2. Gründung eines Lokal-Verbandes. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines Jeden, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
 431 Die Lohn-Kommission.

## Fachv. d. Steinmetzen Berlins

**Versammlung**  
 am Sonntag, den 17. Januar, Vorm. 10 Uhr, in **Ahlgrimm's Salon**, Sophienstr. 34.  
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.  
 426 Der Vorstand.

**General-Versammlung der Mitglieder der Bau- und Fabrik-Arbeiter-Franken- und Begräbniskasse (Eing. Hilfskasse)**  
 am Sonntag, den 17. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, in **Rey's Salon**, Raunyn-Strasse 27.  
**Tagesordnung:**  
 Abrechnung vom 4. Quartal 1885 durch Herrn Röding. Besprechung der Krankenkontrolle. Verschiedenes. Das Quittungsbuch legitimirt. 428 J. A.: W. Reinert.

**Öffentliche Versammlung der Steindrucker u. Lithographen**  
 am Sonntag, den 17. Jan., Vorm. 10 1/2 Uhr, im **Palmenaal**, Neue Schönhauserstr. 20.  
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben.  
 435 Der Einberufer.

## Masken-Garderobe

### F. Stenzel,

Dresdenerstraße 21.  
 Elegante Kostüme zu den solidesten Preisen.  
 250 Vereine Ermäßigung.

Wir haben eine ganze Menge Leinen- und Baumwoll-Waaren zu außerordentlich billigen Preisen angelauft und offeriren demzufolge solche jetzt

# sehr viel billigere

**Hemdenduche** in guter Qual., ohne jede Appretur, 1/4 breit Mtr. 30—40 Pf.  
**Ranforec** eine feinsädige Waare, hübsch dracht gew. bt, 1/4 breit Mtr. 40—45 Pf.  
**Cretonne fort** fein u. rundsäd. sow. i. d. Halbbarf. als auch in d. Wäsche ganz vorzügl. Mtr. 50 Pf.  
**Shirting** in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für Mtr. 25 u. 30 Pf.  
**Chiffons** ebenfalls in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für Mtr. 30 u. 35 Pf.  
**Gutes Hausmacherleinen** jetzt Mtr. 40 u. 45 Pf.  
**Gutes breit. Hausmacherleinen** für Damen Mt. 1 Mk.  
**Gute Küchen-Handtücher** in grau und weiß, 1/2 Dyd. Packung 2 Mk.  
**Gute Stuben-Handtücher** in 1/2 Dyd. 2 1/2, 3, 3 1/2 Mk.  
**Echtes gut. Bettzeug** neueste Berl. Muster, 1/4 br. Mtr. 35 u. 40 Pf.  
**Rosa und gestreifte Julets** . . . Mtr. 50 u. 60 Pf.  
**Drilliche**, ganze Bettbreite . . . Mtr. 75 Pf.  
**Tischgedecke** mit 12 Servietten, mit 6 Servietten . . . 4 1/2 Mk.  
**Einzelne Tischtücher** für . . . 1 Mk.  
**Einzelne Servietten** für . . . 30 Pf.  
**Leinene Taschentücher** 1/2 Dyd. Packung 1,25, 1,50, 1,75, 2 Mk.  
**Möbel-Cattune**, vollständig waschecht, Mtr. 30 u. 40 Pf.  
**Teppiche** in allen Qualitäten und größere 4, 5, 6, 10 Mk.  
**Waschgedichte Hauskleiderstoffe** Mtr. 30 u. 40 Pf.  
**Wollene Kleiderstoffe** in sehr gr. Auswahl, Mtr. 35 u. 45 Pf.  
**Schwarze rein wollene Cademirs** sehr reelle Qualitäten Mtr. 1, 1,25, 1,50, 1,80, 2 Mk.  
**Regen-Mäntel** in sehr großer Auswahl, 10, 12, 15, 18 Mk.

Jeden Montag Vormittag Ausverkauf von Nesten und einzelnen Möbeln.

## Sielmann & Rosenberg,

Berlin, Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

Unter dem Protektorat S. J. R. K. S. H. des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin  
**Kinderheilstätten-Lotterie.** Ziehung am 20. Januar 1886.  
 — Hospiz Zoppot —  
**Gewinne à 4000, 1000, 500, 200, 100, 50, 10 und 5 Mark in Silber**  
**Loose à 1 Mark (11 Loose für 10 Mark)**  
 zu haben bei allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und dem General-Debit von **Richard Schröder** in Berlin W., Markgrafenstrasse 46, Gensdarmenmarkt.

## Kgl. Preussische Klassen-Lotterie.

Letzte Klasse: 22. Januar.  
 Originals 1/4: 72 Mark.  
 Anthelle: 1/4 a 60 Mk., 1/2 a 30 Mk., 1/3 a 15 Mk., 1/4 a 7 1/2 Mk.  
 1/4 a 3 1/2 Mark.  
 Porto und Liste 50 Pf. extra.  
**Richard Schröder, Bankgeschäft, Berlin W., Markgrafenstr. 46**  
 Gensdarmenmarkt.

## Staatlich concessionirte Deutsche Kunstgewerbe-Lotterie.

Ziehung in Berlin am 24., 25., 26. Februar 1886.  
 5000 Gewinne im Gesamtverthe von  
**62,900 Mark.**  
**Erster Hauptgewinn:** Salon, Speisezimmer, Schlafzimmer.  
**Zweiter Hauptgewinn:** Wohnzimmer, Schlafzimmer.  
**Dritter Hauptgewinn:** Rococo-Salon.  
**Vierter Hauptgewinn:** Altdeutsche Trinkstube u. s. w.  
**Loose à 1 Mark** sind zu beziehen durch den General-Debit von **R. Schumacher, Berlin C., Königstr. 14a.**  
 Wiederverkäufer erhalten beste Bedingungen.

Die Ausstellung der Gewinne beginnt am 20. Januar ex. in den dem Lotteriekomitee gehörigen Räumen Leipzigerstr. 107, Hof part.

## Eintritt frei.

Einem geehrten Publikum empfehle mein  
**Weiß- und**  
**Bairisch-Bier-Lokal**  
 Reichhalt. Abendtisch. Zu jeder Tageszeit: Königsberger Fleck, à Portion 25 Pf.  
 Reichhaltiger Voller warmer Frühstücks sowie Mittagessen 12 bis 2 Uhr, mit à Rouvert 50 Pf.  
**Hermann Stramm, Restaurateur, Stalitzerstr. 427**  
 Achtungsvoll Arbeitssachweis für Klavierarbeiter.